

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 120.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbefehlgebühr.

Leipzig, den 12. Oktober 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Verammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Die organisatorische und tarifliche Geschichte des Gutenbergbundes.

VIII.

Nachdem alle „Vorbereitungen“ gründlich getroffen waren, fand die Geschäftsöffnung des Gutenbergbundes am 1. April 1894 statt, und nachdem sich, wie der „Typograph“ schrieb, das in Erfurt gelegte „Samen Korn kräftig ausgewachsen“. Dieses „Auswachsen“ bestand natürlich darin, daß die Bündler überall versuchten, die Verbandsmitglieder zu verdrängen und sich an deren Stelle zu setzen. Am besten illustriert dies ein Offertbrief einer angesehenen Firma (siehe „Korr.“ vom 4. März 1894), welche einem Stellessuchenden schrieb:

Bedingung Ihres Eintrittes bei uns ist die Nichtzugehörigkeit zu dem Verbands, das Versprechen, daß Sie demselben ohne unser Wissen nicht beitreten wollen, ferner der Beitritt zu den bei uns bestehenden Hauskassen und dem Vereine Typographia, welcher sich dem Gutenbergbunde angeschlossen hat.

Die Prinzipale mußten, was sie an dieser „Arbeiterorganisation“ haben könnten, deshalb erklärte der Prinzipal einer großen Firma in Mitteldeutschland: „Offen und ohne Scheu werde ich den Gutenbergbund unterstützen.“ Im „Journal“ schrieb Schlottke eine Jubelsymnie auf den Gutenbergbund, in Jena wurden Verbändler durch die Denunziationen der Bündler verdrängt, Trowitsch in Frankfurt a. O. verbot die Zugehörigkeit zum Verbands, gestattete jedoch die Mitgliedschaft beim Bunde, der frühere Verbandsbezirksvorsteher und spätere Bundesführer Frimisch in Braunschweig redete sich darauf hinaus, daß das Abenden bündlerischer Streikrecherchen nach Königsberg und Halle aus „Unkenntnis über die ausgebrochenen Tarifkonflikte“ geschehen sei, wie das bis in die neueste Zeit immer der Fall gewesen ist (siehe Greifswald usw.). Was sollte man auch von einer Organisation erwarten können, deren Redakteur Herrmann den bezeichnenden Ausspruch tat: „So lange mir Gott das Leben schenkt, werde ich die Interessen meines Prinzipals vertreten.“ In einer Agitationsversammlung des Bundes in Frankfurt a. O. erklärte Herr Grube, der am 6. November 1894 wegen Unterschlagung von Bundesgeldern verhaftet wurde: „Die Berliner Verbandsmitglieder können eine Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit durch etwaige Arbeitseinstellung nicht mehr erreichen, da ihnen 1000 Gutenbergbündler gegenüberstehen.“ Sollen sich darauf die Prinzipale keinen Vers machen? Und das zu derselben Zeit, von der im Jahre 1906 die Bundesleitung sagte, daß „traurige, jedem Rechte spottende Zustände“ im Gewerbe bestanden! Sie rächte sich aber nur an den Verbandsmitgliedern, die Bündler waren zu jener Zeit bevorzugte Gehilfen. In einer schlesischen Provinzstadt z. B. wandelte sich der Ortsverein der Freien Vereinigung in einen solchen des Gutenbergbundes um; die Beiträge für denselben wurden den Gehilfen zwangsweise vom Lohne abgezogen! Das „Samen Korn“ von Erfurt war „kräftig ausgewachsen“, so daß man auf diese vielversprechenden Auspizien hin es mit der Etablierung versuchen konnte.

Natürlich mußte trotz alledem die neue Organisation, um die fernstehenden Nichtverbändler be-

schwindeln zu können, sich auch einen radikalen Anstrich geben. Und da der Bund Gefahr lief, daß eventuell die zu gewinnenden Nichtverbändler bloß in die Prinzipalkasse eintreten würden, ritt der „Typograph“ auch eine Attacke gegen diese:

Wenn eine Kasse sich eines segensreichen Bestandes erfreuen soll, so müssen vor allen Dingen die Mitglieder vertrauensvoll zu ihr aufblicken, was bei der Prinzipalkasse nie der Fall sein wird, da ein für allemal der Massenabstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht hinweggeräumt werden kann.

Nun muß man aber wissen, wie bereits nachgewiesen, daß trotz dieser Stellungnahme ihres Organs die Bündler in hellen Haufen der Prinzipalkasse zuströmten! Daß es mit dem Radikalismus und dem „Klassenabstand“ des „Typograph“ nicht ernsthaft gemeint war, dafür garantierte der Herr Faktor-Redakteur Herrmann, und als klassischer Beweis für die Stellungnahme des „Typograph“ gegen die Prinzipalkasse mag eine Stelle im „Typograph“ vom 5. Mai 1894 beweisen, wo der Redakteur auf die Einladung zu einer Agitationsreise antwortet: „Ja, wir machten die Reise ganz gern, aber es gehen zu wenig Prinzipalgelder ein!“ Man hat 1894 auch nie die wiederholt von Verbandsseite aufgestellte Behauptung zu widerlegen versucht, „daß die Prinzipale das vierteljährliche Defizit von 900 Mk. für den „Typograph“ decken.“ Das waren die Leute, die sich damals wie heute radikal geberden, um Augenstehende zu täuschen, während das Anschmieren an die Prinzipale das wirkliche Wesen des Bundes ausmachte.

Wie die Mitglieder des Bundes „gewonnen“ wurden, dafür nur ein lehrreiches Beispiel. Die Methode ist bis heute dieselbe geblieben. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß es den Bündlern in erster Linie darum zu tun war, die bestehenden nichtverbändlerischen Gebilde aufzusaugen und mit deren Kassen sich „kräftig auszuwachsen“. Allerdings waren die Bündler dabei sehr bescheiden, sie verschmähten auch die kleinste Hauskasse als Sprungbrett nicht. So bestand bei der Firma Klinsicht in Meissen eine Hauskasse, die man für den Bund zu gewinnen hoffte. Da der Faktor für die „gute Sache“ gewonnen war, berief dieser eine Druckereiversammlung ein, in welcher die „Ueberführung“ der Haus- in die Bundeskasse vor sich gehen sollte. Ein Nichtverbandsmitglied machte vorläufig diesen sauberen Plan zu Wasser, indem er darauf hinwies, daß die Verbandsmitglieder ja auch in diese Kasse steuerten, aber zu dieser Versammlung keine Einladung erhalten hätten. Er protestierte daher gegen jede Beschlußfassung, worin ihn die Mehrheit unterstützte. Daraufhin „vertagte“ man diese Angelegenheit und berief auf den 18. März 1894 eine Versammlung der „Gutenberg-Freunde“ ein, in der sich einheimische und auswärtige Faktoren (Goldhahn, Großelfinger, Behrenz und Hüfner) die größte Mühe gaben, unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Nichtverbändler für den Bund zu bearbeiten. Vier Seelen resp. Faktoren war der Gewinn dieses Tages für den Bund. So waren in jeder Stadt Faktoren die Gründer der Bundesvereine. Man wollte den Prinzipalen gefällig sein. Als im Oktober 1894 in einer großen Berliner Druckerei ein Ausstand der

Maschinenmeister deshalb Platz griff, weil der betreffende Prinzipal auf ein Vorstelligwerden wegen der vielen Ueberstunden erklarte: „Wer es noch einmal wagt, mich mit einer derartigen Frage zu belästigen, kann sich als entlassen betrachten“, war es der „Typograph“, der sich auf die Seite des gedachten Prinzipals stellte und im Inseratenteil folgendes Inserat brachte:

Der Arbeitsnachweis des Berliner Buchdruckervereins ist in der Lage, schnellstens selbst größere Personale den verschiedenen Geschäftseleitungen zur Verfügung zu stellen. Nur der Arbeitsnachweis des B. V. B. (Gutenbergbund) ist in der Lage, wirklich sichere Nichtverbändler zu überweisen.

Und da entrüsteten sich die Gutenbergbündler, wenn wir ihnen nachweisen, daß sie jederzeit dem prinzipiellen Streikbrüche huldigen! Jenes Inserat ist auch um deswillen so bezeichnend, weil zur selben Zeit seitens der Prinzipale mit Hochdruck gearbeitet wurde, Gehilfenmitglieder für die Prinzipalkasse zu gewinnen. Dabei schreibt gleichzeitig der selbstbewußte „Typograph“: „Die Prinzipalität will sich mit dieser Kasse (Prinzipalkasse) eine gefügige Gehilfenschaft erziehen.“ Mit solchen erbärmlichen Tricks, mit einer solch elenden Heuchelei wurde im Bunde gearbeitet; man war heute radikaler Arbeiter, morgen Prinzipalsagent, kurzum alles, nur um eine „dauernde Kondition“ erlangen oder erhalten und vor allem, um den Haß gegen den Verband befriedigen zu können. Man scheute auch keineswegs vor Denunziationen zurück. Was sagen die christlichen Wohltäter des Bundes, die angeblich den Bundesmitgliedern das „Recht auf Arbeit“ erkämpfen wollen, zu folgendem Schreiben des „Bundesvaters“ Herrmann:

Berlin SW, den 30. Oktober 1893. Herrn R. S., hier. Sie erhielten von mir Ihre jetzige Stelle unter der Bedingung, daß Sie unsern Vereine beitreten. Bis heute haben Sie dies nicht getan; ich fordere Sie zu einer Erklärung hierüber auf. Sollte diese nicht innerhalb drei Tagen erfolgen, so muß ich Ihre Entlassung bei der dortigen Geschäftseitung beantragen. Achtungsvoll R. Herrmann.

Das ist natürlich kein Terrorismus. Den üben nur die Verbandsmitglieder aus! Von allem Anfang an mußte der Bund mit einem gewissen Terrorismus arbeiten, sonst hätte er nie irgend eine nennenswerte Zahl Mitglieder bekommen können. Der Artikel des Kollegen Dahl in letzter Nummer ist dafür ein klassischer Beweis, wie die Faktoren es verstanden, für den Bund Schritt nach Schritt zu leisten. Zugewin überkam diese bündlerischen „Wahnbrecher“ doch die Erkenntnis, daß sie für eine verlorene Sache sich engagierten.“ So äußerte der „Bundesvater“ bereits am 5. August 1894 in einer Berliner Bündlerversammlung, er habe es „jezt satt, er sehe gar nicht ein, warum er sich für eine Sache aufopfern sollte, von der er sich nichts mehr verspreche“. Aber wie Herr Herrmann oben mit dem Mittel des Terrorismus zwangsweise Bundesmitglieder presste, so ging auch Reinweber in Braunschweig vor. Und wer sich nicht dem bündlerischen Terrorismus fügen wollte, dem wurde von den „Vorkämpfern“ der Tarifgemeinschaft demonstriert, daß er kein Recht auf Arbeit habe. Der Oberfaktor Reinweber entließ zwei Nichtverbändler, weil sie das Johannisfest des Verbandes besucht hatten. Als einer der Entlassenen, ein Familienvater, dem Reinweber sagte, daß er (der

Entlassene) in seiner freien Zeit doch hingehen könne, wohin er wolle, erwiderte ihm der Leinweber: „Gewiß können Sie tun und lassen, was Sie wollen, aber das gleiche kann auch das Geschäft tun.“ Diese Brutalität war um so gemeiner, da mit der Entlassung des einen Kollegen auch die von ihm seit sieben Jahren für die Hausfassen gebrachten Opfer versielen. Diese Leinweber, Herrmann, Lambert usw. sind aber dieselben Personen, die vom Terrorismus des Verbandes faßelten.

Inzwischen spielten sich in dem maßgebenden Berliner Bündlervereine die lustigsten Sachen ab. In einer Urabstimmung (1894) brachte Grube mit 274 gegen 214 Stimmen seinen Bundesbruder Herrmann zu Falle — nach dem Sturze Grube's kam Herrmann wieder obenauf —, am 26. August 1894 verkündete Grube in einer Berliner Versammlung, daß nunmehr die Geschäfte des Vorstandes auf seine Person übergegangen seien. „Bon Herrmann Abrechnung über die Kasserverhältnisse sowie über das Typograph'-Konto zu erlangen, sei bis jetzt immer noch nicht möglich gewesen.“ Dieser wiederum erklärte in der „Zeitschrift“, daß er die Rechnungen dem Kassierer des Bundes geschickt habe; während aber ein gleichzeitig mitgeschickter Brief und eine andre Rechnung ankamen, sei die „Typ.-Abrechnung“ verschwand. Herrmann erklärte, er wollte diesen Tatbestand im „Typ.“ mitteilen, das habe Grube als Redakteur jedoch nicht gestattet, denn „es würde dadurch die friedliche Entwicklung des Vereins gefördert.“ Grube berief sich dabei auf einen Knebelungsparagrafen im Bundesstatut, der jedem den Mund schließt, welcher den Machern im Wege ist. Dieser Knebel wurde zuerst seinem eignen Konstrukteur angelegt. In der genannten Versammlung wurde der hierfür sehr geeignete Zillig als Kassierprüfer gewählt, die Kosten des nächsten (zweiten) Bundestages sollen durch Langbänder gedeckt werden, die Mitglieder wurden ersucht, „nicht zu allen Schuldloshnen sich anzubieten.“ „An meiner Ehrlichkeit soll niemand zweifeln!“ rief sich Grube zum Schluß „in die Brust.“ und verschwand wenige Wochen darauf mit den Geldern des Bundes, so daß der „Typograph“ resigniert jammerte: „Der Verein ist somit in der traurigen Lage, daß beinahe die Hälfte seines Vermögens dahin ist — veruntreut von seinem obersten Beamten.“ Bezeichnend für die idealen Bundesführer ist es auch, wie sie gegenseitig gegen sich intrigierten. So enthielt die Nr. 43 des „Typograph“ von 1904 z. B. folgende Briefkastennotiz:

Nach Viefelfeld. Der geschäftsführende Ausschuß des Gutenbergbundes lehnt es entschieden ab, für die Haltung des „Typograph“ verantwortlich gemacht zu werden.

Diese Notiz wurde durch einen Seher namens Nitz im geheimen Auftrage des Herrmann in den „Typograph“ lanciert, der seinen Bundesbruder Grube damit ein Bein stellen wollte. Die Folge war, daß der „Typograph“ sofort in einer andern Druckerei hergestellt wurde. So „kameradschaftlich“ arbeiteten die Leiter des Bundes miteinander, und darin ist, wie die Ereignisse gezeigt haben, bis heute keine Veränderung eingetreten.

Im Oktober 1894 kam es bei der Berliner Firma Muskalla zu einem Ausstande; zwei Verbändler und fünf Gutenbergbändler legten die Arbeit nieder, sämtliche Stellen wurden aber sofort durch Gutenbergbändler besetzt! Man muß dieses freiberechtigete Vorgehen des Bundes als um so niederträchtiger verurteilen, weil die allgemeinen Verhältnisse im Gewerbe tief traurige waren. Man lese nur einmal folgenden Urabstimmungsbrief: Hall, 18. August 1894. Wir sind genötigt, Ihnen für Ihre Dienste nur noch 14 Mk. pro Woche bieten zu können, da jeden Tag sehr gut empfohlene Leute kommen, die um 10 und 11 Mk. je in jeden Preis arbeiten wollen, nur um Untertunft zu bekommen. Sollten Sie nicht einverstanden damit sein, so wollen Sie heutiges als Kündigung betrachten und sofort Antwort erteilen, andernfalls betrachten Stillzweigen als Einverständnis. Achtungsvoll: Verlag der „Haller Zeitung“. C. F. Greiner & Kuhn.

Aber nicht nur in der Provinz, sondern auch in der Großstadt bemies die Angebote der Prinzipalität, wie es mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu jener Zeit, da der Bund ganze

Personale den Prinzipalen zur Verfügung stellte, beschaffen war. So schrieb der Buchdruckereibesitzer F. W. Schapke in Berlin einem Kollegen:

Für meine kleine Adress- und Verbruderei könnte tüchtigen Seher (N.B.) gebrauchen. Bei einwöchentlichem Kündigung zahle ich vorläufig pro Woche 18 Mk. Feiertage bezahle ich nicht.

Jeder Kommentar zu diesen Offerten ist überflüssig; bemerkt sei, daß es sich hier um Konditionen ohne Kost und Logis handelte. Wenn man heute manchmal von Kollegen im „Korr.“ lesen muß, daß es früher besser für die Kollegen gewesen sei, so mögen diese Schreiben eine Antwort darauf sein.

Am 9. September 1894 hatte in Berlin der zweite Bündlertag stattgefunden, über dessen Verhandlungen und Beschlüsse jedoch im „Typograph“ keine Zeile zu entdecken war. Man scheute die öffentliche Kritik! Der Ausschluß der Öffentlichkeit wurde noch strenger als in Erfurt gehandhabt. Vertreten waren die Orte Mainz, Burg, Diesdorf, Hirschberg, Schweidnitz, Frankfurt a. O., Altenburg, Weissenfels, Ungermünde, Müdingen, Hannover, Leipzig, Stettin, Eßlingen, Neuruppin, Zeitz und Erfurt — Orte. Wie dort, wo zum Teile noch nie ein tariflicher oder organisatorischer Gedanke Fuß fassen konnte, urplötzlich Ortsvereine des Bundes entstehen konnten, die sogar so „stark“ waren, „Delegierte“ in die Reichshauptstadt zu entsenden, ist nicht bloß uns ein Rätsel. Nach der Tagung verbreitete man ein zurechtgestuftes Protokoll, in dem mit dem üblichen Schwindel das „Wachsen, Blühen und Gedeihen“ des Bundes in hohen Tönen gefeiert wurde. Durch umfängliche Agitationsreisen, die der Verleumdung des Verbandes galten, suchte man in den folgenden Monaten die Beschlüsse des Berliner Bündlertages zu popularisieren, und zwar mit dem Erfolge, daß der Vorliegende der Freien Vereinigung in Hamburg, Werth, die sich vom Bunde aufsaugen ließ, öffentlich erklärte, daß der Bund die Hälfte seiner Einnahmen für Agitationsreisen ausbeute. Die fünf Beamten des Bundes überließen ihre „praktischen“ Dienste für den Bund heute genau so das Geld zum Fenster hinaus. Bloß protestieren die Mitglieder nicht mehr dagegen, weil es ja doch keinen Zweck hat.

Die Tarifgemeinschaft.

(Ein Rückblick und Ausblick.)

Wenn ich zu diesem Thema die Feder ergreife, so muß ich bekennen, daß ich bei Einführung der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896 zu deren Gegnern zählte. Ich hatte auch wiederholt im „Korr.“ dagegen Stellung genommen, und zwar so ziemlich aus denselben Gründen heraus, wie zuletzt Kollege Schaeffer in seinem Artikel „Honny soit qui mal y pense!“ Nur daß die damalige Lage mehr Berechtigung zu einer Stellungnahme gegen das Tarifgemeinschaftsprojekt nach dieser Richtung bot.

Auch ich befürchtete damals einen moralischen Zerfallsprozess für den Verband aus dem Eingehen eines bindenden Tarifvertrages mit der Prinzipalität, und unser damaliger „Korr.“-Redakteur bekräftigte — wie sich nachträglich herausstellte, aus persönlicher Interessenspolitik — die Opposition in ihrem Argwohn.

Als sich die Wogen jenes unheilvollen Aufruhrs in unserm eignen Lager gesättigt, beschloß ich, um etliche prinzipielle und moralische Erfahrungen reicher, vorerst beobachtend die Entwicklung der Tarifgemeinschaftsidee und ihre Umsetzung in praktische Gegenwartsarbeit abzuwarten. Und ich muß ehrlich gestehen, daß meine Befürchtung, die Tarifgemeinschaftsinstitution wachse sich einseitig zugunsten der Prinzipale aus, im Laufe ihres nunmehrigen Bestandes durch die Tatsachen widerlegt wurde. Es haben beide Teile dabei gewonnen.

Wenn wir nicht Opposition um der Opposition willen treiben wollen, müssen wir jetzt zugeben, daß die Tarifgemeinschaftsidee nach ihren ersten Stichproben bei uns Buchdruckern eine verbene Kraft gezeigt hat, worauf nicht nur das starke Anschwellen der Mitgliederzahl unsers Verbandes zum guten Teile zurückzuführen ist, sondern auch der Umstand, daß sich mehr und mehr andere Gewerkschaften — auch solche unter sozialdemokratischer Flagge — der Tarifgemeinschaft anbequemen, um vornehmlich der ewigen Verunruhigung und den zweifelslosen Geldopfern durch unberechenbar ausbrechende partielle Bewegungen vorzubeugen. Dann aber vertritt auch die Tarifgemeinschaft am wirksamsten die Idee der einheitlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen ganzen Beruf in einem zentralen Staatsverbande, was gegenüber dem gewerblichen Anarchismus des „Herrschendpunktes“ der größeren wie der kleinsten Unternehmer, welchen Zustand wir Buchdrucker vor Einführung der Tarifgemeinschaft genugsam zu kosten bekamen, ein ge-

wisses Gefühl stabiler Sicherung der Arbeitsverhältnisse auf bestimmt abgegrenzte Zeit erzeugt.

Was speziell im Buchdruckergewerbe vor 30, 20 und noch vor 12 Jahren für Verhältnisse herrschten, davon hat wohl jeder Kollege, der damals in verschiedenen Druckorten konditionierte und den beruflichen Leidensbeher bis zur Neige auszufoten hatte, noch eine lebhaftige Erinnerung. Da gab es z. B. in den Werkdruckerien der großen Druckzentren verheiratete Kollegen, die beim besten Willen wochenlang nicht mehr denn 15 Mark verdienten, bis sie dann zwischenhinein zum Troste einmal von den ägyptischen Specköpfen etwas zu schmecken bekamen. Und oft genug passierte es, daß ein Illustrationsdrucker die Zurechtung mit nach Hause nahm, um sie dort fertig zu stellen.

Und wie stand es mit der Lehrlingsausbildung jener Zeit? — Ich hatte vor etwa 20 Jahren in Stuttgart einen Maschinenmeister zum Kameraden, der Anfang der 70er Jahre seine Lehre in einer Druckerei der bayerischen Universitätsstadt Z. bestanden hatte. Sein Prinzipal, welcher katholische Volkschriften im Verlage hatte und bei dem er nach damaliger patriarchalischer Sitte zugleich beschäftigt wurde, besah sogar den Doktorgrad. Der Kollege, dessen Nerven ganz heruntergekommen waren, erzählte mir, daß er als Bekehrer oft bis nachts 11 Uhr arbeiten und morgens trotz Winterkälte um 5 Uhr schon wieder antreten mußte, damit ja der Druck, welcher eine Massenauflage hatte, beizzeiten fertig wurde.

Den Kollegen list es infolge der Nachwehen dieser Art Lehrlingsausbildung nie lange in einer Kondition — es trieb ihn fort. Und in Hamburg, fern von Frau und Kind, deckte ihn einige Jahre darauf der Friedhofsrasen!

Uechnlich wie hier wird es in jener gepriesenen Zeit der „wirtschaftlichen Besserstellung eines Buchdruckergehilfen“ noch manchem andern Kollegen in der Besserzeit und später als Folgeerscheinung der einseitigen und willkürlichen Gestaltung derselben in der Gehilfenpraxis ergangen sein.

Die Ueberstundenbezahlung ferner war eine sehr minimale; kein Wunder daher, daß die Sonntagsarbeit (namentlich in Zeitungsdruckereien) damals allerortens gang und gäbe war. Und so gab es noch vieles, was heute unter der Uera der Tarifgemeinschaft im Arbeitsverhältnisse der Gehilfen einfach nicht mehr denkbar ist.

Von der Art des gewerblichen Rechtsverhältnisses aus jenen Buchdruckerjahren nur zwei Proben aufs Geringste.

Einige Monate nach Beendigung meiner Lehrzeit benutzte ich eine eingetretene Geschäftslücke in der Lehrdruckererei zu meinem ersten Fug in die Fremde. Ich hatte eine Offerte von einer Zeitungsdruckerei unter Aufsichtertung des Berechnens bei tariflicher Verhältnissen erhalten. Es war in einem Hauptorte des bairischen Schwarzwaldes. Drei Wochen hindurch ging alles so weit glatt, nur gestiel mir nicht, daß die Lohnauszahlung alle 14 Tage Sonntag morgens erfolgte und dadurch einen Extragang ins Geschäft nötig machte. Nach drei Wochen ließ mir die Geschäftsleitung Montag morgens um 9 Uhr erklären, sie könne mich nicht mehr berechnen lassen und bot mir bei einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 22 Mk. nach damaliger Tarife das splende Honorar von wöchentlich 12 Mark an. Auf meinen Vorfall, was man davon ja kaum leben könne, ließ mir die Geschäftsleitung erwidern, ihre jüngeren Gehilfen hätte alle diesen Lohn! Wenn ich damit nicht zufrieden sei, müsse ich sofort aufhören. Ich rechnete ab und verließ die Stätte meines kurzen Wirkens zur selbigen Stunde. Eine Entschädigungslage war zwecklos, weil die tariflichen Verhältnisse und die Gewerbeordnung noch nicht so ausgebaut waren wie jetzt, und ich als unerfahrener junger Gehilfe vergessen hatte, eine Kündigungsschrift zu vereinbaren.

Der zweite Fall betraf wieder eine Zeitungsdruckerei und zwar zehn Jahre später in einer Bestadst während der Saison.

Ich war als sogenannter Politiker zu 24 Mk. gewisses Geld eingestellt worden. Nach zwölf Wochen kündigte mir der Prinzipal schriftlich mit der Begründung, ich verdiene ihm zu wenig. Nun konnte ich aber auf Grund der zurückgelegten Welege dem Herrn Prinzipale nachweisen, daß ich durchschnittlich wöchentlich trotz Korrektur und Preprektion, die ich für den politischen Teil zu übernehmen hatte, 2,60 Mk. über meinen Lohnsatz herauszuschlug und noch nicht eine Woche weniger als letztern verzeichnete. Darauf ward mir die lafonische Antwort, das genüge ihm nicht. Mein Vorgänger habe mehr herausge—wirtschaftet! Diesmal ließ ich die Sache nicht auf sich sitzen. Ich ging zum Ortsvorstande, der aber erklärte, hier nichts tun zu können! Darauf wandte ich mich, da ein Tarifvertrag und Gewerbegebiert noch nicht existierte, an den Wirgemeister und klagte auf Rücknahme der zu Unrecht erfolgten Kündigung. Der Herr Wirgemeister gab mir den platonischen Trost, daß ich zwar moralisch im Rechte sei, aber er könne mir nicht helfen. Mein auf seinen Proffit so bescheiden bedachter Prinzipal kam mit einem in väterlichem Tone gehaltenen Mißfall davon.

Seute, unter dem Zeichen der Tarifgemeinschaft würde ein Prinzipal denn doch nicht mehr wagen, erstens einem jungen Gehilfen 10 Mk. unter dem Sage anzubieten, als dieser verdient, und zweitens eine Kündigung mit der Motivierung zu geringem Verdienste auszusprechen, wenn der Gehilfe nachweislich durchschnittlich 2,60 Mk. mehr herauszuschlägt, als sein Lohnsatz beträgt.

So wie eben geschilbert sah also in Wirklichkeit im großen Ganzen die gepriesene „alte Zeit“ aus, und die

einzelnen „Spezialen“, mit denen die Geschäfte renommierten, bewiesen nur die Nichtigkeit der obigen Regel. Und dem Kleinen Häuflein der Verbandsmitglieder blieb der Arbeit genug, in Deutschlands Druckereien erträglichere Verhältnisse anzubahnen.

Es war eine Zeit des aufreibendsten Strebens, der Aufopferung und Entbehrungen, von der die modernen „Neuerer“, die nicht einmal alle in der Lage sind, ihre Erfahrungen in eigener Person vor Druckort zu drucken, gemacht zu haben, eben nicht die Blasse Ahnung haben. Und diese Epoche schmerzlichen Ringens um Schaffung stabiler und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen im Buchdruckgewerbe fand in dem verloren gegangenen Streit von 1891/92 ihren schmerzlichen Abschluß. Dieser Streit drehte sich — und das mögen die „Neuerer“ des Verbandes sich merken — nicht um materielle Zugeständnisse, sondern um eine rein prinzipielle Sache, um die Einführung des Neunstundentages.

Ich erlaube mir, die Forderungen hier des breiten zu erklären, die sich für die Führer des Verbandes aus der verlorenen großen Schlacht ergaben. Aber auf zwei Punkte mußten sie nun ihr Augenmerk in erster Linie richten: auf die Verallgemeinerung des Tarifes über ganz Deutschland und auf die Gewinnung eines möglichst großen Prozentsatzes der Gehilfen für den Verband. Denn wie es beim Kriegsspiel heißt, daß derjenige siegt, der die meisten Soldaten und Kanonen hat, so können auch in der modernen Arbeiterbewegung nur diejenigen Forderungen durchgedrückt werden, welche die Masse der Arbeiter, speziell bei uns der Verbandsmitglieder, genügend ventiliert hat und als geschlossenes Ganzes dahinter steht. Bei materiellen Forderungen wird dies schon leichter zu bewerkstelligen sein. Aber bei der Verfestigung prinzipieller Forderungen muß für das einzelne Verbandsmitglied die Verbandsidee maßgebend sein und die materielle Idee des eignen Ichs in den Hintergrund treten. Das hat die prinzipielle Neunstundenbewegung von 1891/92 deutlich gezeigt; ein großer Teil der Nichtverbandsmitglieder leistete damals Streikdienstleistungen. Diese stellten das Gründerelement des Guttenbergbundes. Es blieb also unter solchen Umständen, wie ich selbst bei ruhiger Beobachtung der Verhältnisse einsehen lernte, für die Verbandsführer keine andre Wahl, als im Interesse der Verbandsorganisation auf eine vertragliche Festlegung der bisher lose gehandhabten Tarifvereinbarungen mit den Prinzipalen über ganz Deutschland bedacht zu sein. Die seit 1892 üppig ins Kraut schießende gewerbliche Anarchie und Schmutzkonzurrenz legte es auch den führenden Kreisen im Prinzipal-Lager nahe, den Gedanken der Tarifgemeinschaft im Interesse der Gesundung der zerfahrenen Konkurrenzverhältnisse, unter denen die Gehilfen ja am meisten zu leiden hatten, auch ihrerseits zur Tat werden zu lassen. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, kommt mir die Tarifgemeinschaft vor wie eine Zweckmäßigkeit, die, erst zögernd zwischen den beiden Parteien geschlossen, im Laufe der Jahre eine gewisse Interessenswärme erreicht hat, die gerade ausreicht, daß beide Teile in diesem Eheverhältnis lieblich auskommen. Der stetig wachsende Erfolg der Tarifgemeinschaftsidee für beide Parteien hat gezeigt, daß unsere Führer die „Zeichen der Zeit“ doch verstanden, wenn sie auch zum Teile den „Böfeln schon lange aus der Hand gelegt“.

Es liegt mir fern, den Schleppenträger unserer Verbandsführer zu spielen; ich habe sogar schon mehrmals im prinzipiellen Meinungsfreite mit ihnen die Ringe gekreuzt, aber daß sie mit ihrer Verbandsarbeit in so schmachtvoller Weise heruntergerissen werden, wie dies von einem Teile der Verbandskollegen tatsächlich geschieht, dazu geben die von ihnen begangenen Fehler bei der letzten Tarifrevision keinen genügend beweiskräftigen Untergrund.

Gewiß, die Tarifgemeinschaft hat auch ihre Schattenseiten für die Gehilfen. Ich stehe nicht an, dies zuzugeben. Aber zumeist liegen dieselben, wie ja die Gegner der Tarifgemeinschaft eingestehen, auf dem prinzipiellen Gebiete.

Zugegeben muß hier noch werden, daß bei einer friedlichen Wohnvereinbarung, wie sie die Tarifinstitution hauptsächlich darstellt, vorauszusetzen ist, daß nicht alle Forderungen und Wünsche glatt durchführbar sind. Dies kann nur im Kriegsfalle eintreffen und auch nur derjenige Teil erreichen, auf dessen Seite das Glück des Sieges ist. Aber dann ist wieder sehr fraglich, auf wie lange er einen solchergestalt oft unter schweren Opfern errungenen Erfolg behaupten kann. Doch das können und müssen wir bei unseren Tarifmaßnahmen billig verlangen, daß sich Licht und Schatten gleichmäßig unter den beiden Kontraktparteien verteilen und nicht der wirtschaftlich Stärkere den Vorteil voraus hat. Hoffen wir, daß die Prinzipalität die hierfür nötige Einsicht mehr und mehr zeigt und so in gemeinsamer Arbeit mit dem Verbands das Tarifwerk nach und nach zu einem hervorragenden Monumente des sozialen Fortschrittes wird.

Daß wir mit unserm auf Realisierung dieser sozialen Kulturarbeit gerichteten Bestreben den richtigen Weg gehen, sollte uns doch schon das wühlende Gefühl jener Leute „überm Baume drüben“ beweisen, die gewerksmäßig davon leben, die positive Gegenwartarbeit ehlicher Arbeiterführer, welche in erster Linie den sozialen Zukunftsstaat anbahnt, herunterzureißen und mit demagogisch berechneten, hochtönenden, aber nichtsagenden Phrasen zu besudeln. Wie diese Volksgötter aber den Zukunftsstaat schon jetzt in der Gegenwart etablieren, das haben wir in verschiedenen Nummern des „Vorr.“ genugsam zu lesen bekommen, und mancher von uns, der

die fragwürdigen Segnungen desselben schon am eignen Leibe verspürt hat, wird vom Schöpfer eines solchen Modells des hochgerühmten Zukunftsstaates gesagt haben: „Heinrich, mir graut vor dir!“ Decken wir den Mantel christlicher Nächtliebe darüber.

Um nun auf das rein prinzipielle Moment zurückzukommen, das den offenen und stillen Gegnern der Tarifgemeinschaft im Gehilfenlager die Grundlage zum Sturm-laufe gegen dieselbe liefert, so ist — um bei der Wahrheit zu bleiben — zu konstatieren, daß alle die Stellung der Gehilfen entwürdigenden Tatsachen, wie Antreiberei, Aufpasserei und scharfe Kontrolle mit oder ohne Kontrollzettel, schon vor Schaffung der Tarifgemeinschaft und des Organisationsvertrages bestanden und von den einzelnen Geschäftsleitungen noch willkürlicher gehandhabt wurden, als sie dies jetzt können. Sie haben mit der Tarifgemeinschaft absolut nichts zu tun und finden in der immer weiter um sich greifenden Industrialisierung unsers Gewerbes ihre Erklärung; wie ja eine derartig minutiöse Ausnützung und Kontrolle der Arbeitsleistung in den klassischen Ländern der Industrie, in Amerika und England, am höchsten als System ausgebildet ist. Die Tarifgemeinschaft hat eher die Tendenz, hier mildernd einzuwirken. Wir müssen nur diesen Geist hineinzulegen wissen. Allerdings ist nunmehr an Stelle der offenen brutalen Willkür hin und wieder das System des verfesteten Kleinrieges geheimer Kantlinien getreten. Aber auch über dieses System werden wir noch Meister werden, wenn wir geschlossen dagegen Front machen, so oft es sich nur bemerkbar macht, und wenn sich keiner unserer Kollegen dazu hergibt, demselben aus irgendwelchem Grunde Vorschub zu leisten. Dann aber würde es der Antreiberei auch vielen Spielraum wegnehmen, wenn jeder Kollege — hauptsächlich die Seger — nicht bloß die allgemeinen Bestimmungen des Tarifes, sondern auch den Berechnungsmodus desselben studierten, denn infolge der Verallgemeinerung des gewissens Selbes ist gar manchem Kollegen dadurch, daß er sich nicht die Mühe gibt, den Wert seiner geleisteten oder zu leistenden Arbeit tariflich zu überschlagen, leider der Sinn für die richtige Einschätzung seiner Leistung abhanden gekommen, woraus sich viele Unzuträglichkeiten auf die eine oder andre Weise ergeben. Deshalb ist hier auch die prinzipielle Mahnung an die Verbandskollegen angebracht: Verrat eure Arbeit nach dem Tarife berechnen; ihr wißt dann, was ihr leistet und leisten sollt! So ausgerüstet, könnt ihr der ungerechten Antreiberei ein wirksames Paroli bieten. Aber seid ihr in dieser Beziehung einmal fahrlässig, dann seid auch Kollege genug und überbietet euch einander nicht mit dem Mehrwerte eurer Leistungen. Man kann es irgend einem Prinzipale nicht verübeln, wenn er aus der freiwilligen Mordarbeit einzelner seiner Gehilfen die Konsequenzen für die Leistungen der Gesamtheit derselben zieht.

Das ist auch eine Wunde im Organismus der Gehilfen, wo wir den Mut haben müssen, den Finger hineinzulegen. Trachten wir danach, daß auch hier prinzipiell Wandel geschaffen wird. Es ist dies ebenfalls ein Weg, „daß ein ganzes Recht, ein wirkliches Menschentum, eine enbliche Freiheit und eine glücklichere Zukunft für kommende Generationen“ errungen wird — die moralische Freiheit aus sich selbst, für sich und die anderen! Wir brauchen dann auch nicht mehr den schwarzen Schatten zu fürchten, der sich nach Kollegen Schaeffer an die Tarifgemeinschaft vom ersten Tage ihrer Geburt bis heute gesetzt hat. „Der Schatten, welcher in der nachteiligsten Weise alles Ringen und Streben der Gehilfenschaft verbunkelt: die den Menschen vom Menschen trennenden dreimal gefalteten Geschäftsinteressen.“

Ich denke, in vorstehendem dem Fingerzeig gegeben zu haben, daß man ganz auf seiner verdammten geschäftlichen Pflicht nachkommen kann, wie sie der Tarif ausrechnet, und dabei doch das Verbandsprinzip hochhält.

Und was das „feinen Mann in der Druckerei stellen“ betrifft, so hat ja Kollege Reghäuser schon darauf hingewiesen, daß wir uns nicht organisiert haben, um uns eine hundemäßige Behandlung gefallen zu lassen. Ich möchte hier noch etwas weiter gehen, indem ich folgere, daß dem einzelnen in Differenzfällen mit der Geschäftsleitung nicht nur der Schutz des Verbandes zur Seite stehe, und daß er sich nicht wegen jedem Pfifferring erst hinter den Verband verstecke, sondern daß er auch Zuzumutungen und Uebergriffe von „oben“ sofort ruhig, aber bestimmt zurückweist, und daß er sich in diesen Fällen als selbstständiges Verbandsmitglied und die Vertörperung des Verbandsprinzips und der Verbandsidee fühlt. So wird er sich sicher Respekt verschaffen.

Mit der Schmutzseherei und dem Gruseln in serienlangem Beistand kommen wir nicht vom Flecke. Wir müssen handeln — ruhig, klar, überlegt handeln!

Mit der Meinung der Tarifgegner, daß eine gründlichere prinzipielle Schulung in unseren Reihen Platz greifen soll, bin auch ich einverstanden. Daß sie aber die Tarifgemeinschaft für die gegenwärtige prinzipielle Verfahrenheit verantwortlich machen, ist ein Unbding. Das sehen wir, wenn wir die historische Entwicklung unserer Organisation aufmerksam verfolgen.

Wie länger, operellerer Kämpfe seit seiner Gründung bedurfte es, bis der Verband auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsregulierung als ein beachteter Faktor sich Geltung verschaffte, und wie viel weiteres Ringen machte es nötig, bis er auf diesem Gebiete als Tarifkontrahent, als mitbestimmender Faktor auftreten konnte und bis er in der Lage war, das prozentuale Uebergewicht der deutschen Gesamtgehilfenschaft darzustellen? Und erst durch den Abschluß der Tarifgemeinschaft gelangte er zu letzterem Resultate. Es ergibt sich hieraus von selbst, daß die Be-

strebungen, um zur Höhe und Ausbreitung zu gelangen, für den Verband vorwiegend materieller und moralischer Natur sein mußten. Jetzt gilt es, den Verband durch den Ausbau und die Vertiefung seiner gewerkschaftlichen und tariflichen Prinzipien auf der gewonnenen Höhe zu erhalten. Und da gilt es ferner, daß wir alle ohne Ansehen der Parteistellung und der Konfession uns vor allem und in allem als Verbandsmitglieder und Gewerkschaftler fühlen. Es wird dies zwar anfangs etwas schwierig sein, aber bei konsequentem Willen und bei vernünftiger kollegialer Politik wird es schließlich auch gelingen. Es darf auch weiter nicht aus dem Auge gelassen werden, daß je mehr der Verband wächst, mit desto mehr persönlichen und politischen Ansichten der Verbandsmitglieder gerechnet werden muß, und sich die Leitung des Verbandes desto komplizierter gestaltet, soll ein klarer Blick über das Ganze behalten werden. Also fort mit den nörgelnden Angriffen auf die Verbandsleitung und die Führerschaft und mitgeholfen, daß das neue Chaos widerstreitender Interessen, persönlicher Ansichten und gewerkschaftlicher Unerfahrenheit im Laufe der Jahre sich zum reinen Woderaus gewerkschaftlicher Prinzipienfestigkeit gestaltet! Und dazu ist nicht nur, wie die Opposition zum xtemale nachzuweisen glauben muß, die Schulung und Reorganisation in den oberen Regionen der Verbandsführerschaft nötig, sondern — wie ich schon in meinem Artikel „Interesselosigkeit“ betonte — auch in den Reihen der „unteren Beamtenschaft“.

Ganz verkehrt halte ich die Ansicht, daß wir die erfolgreiche Krönung der 40jährigen Existenzkämpfe unsrer Verbandsorganisation, die Tarifgemeinschaft, über Bord werfen, weil einige Kollegen das efflächtige und verzweifliche Bedürfnis fühlen, reformatorische Taten zu vollbringen, ohne zu überlegen, daß von dem Wie dieser Reformaten die Existenz unsrer Verbandes als gleichberechtigter Faktor in der Schaffung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserm Gewerbe abhängt.

Reihen wir deshalb die Tarifgemeinschaft, wenn sie auch nicht den glänzenden Palast unserer Wünsche und Träume darstellt, nicht herunter, bevor die nächste Generalversammlung ihr Veto abgegeben hat, sonst könnte es uns leicht passieren, daß die Summe unsrer 40jährigen Verbandsringens doch nur — Sisyphusarbeit gewesen!

Ich teile die Befürchtung nicht, daß unter der Herrschaft der Tarifgemeinschaft das Verbandsleben stagnieren werde. Im Gegenteil, der Kleinrieg um die Ausführung und Auslegung des Tarifes sowohl im materiellen wie im prinzipiellen Sinne werden Gelegenheit genug geben, das Verbandsinteresse nicht nur wach zu erhalten, sondern weiter zu erwecken. Und wenn wir das moralische Gewicht der 90 Prozent organisierter Gehilfen energisch in die Waagschale der auf dem Papier gemäheleisteten tariflichen Gleichberechtigung werfen, dann müssen wir sie in allen Stücken auch faktisch erringen.

Also, Kollegen, laßt den kleinlichen Haberd und Froschmäusekrieg in euren Reihen, findet euch in dem gleichen Gedanken des prinzipiellen Ausbaues unsrer Verbandslebens, ohne die Form der Tarifgemeinschaft zu zertrümmern, denn sie bedeutet den ersten positiven Schritt zum sozialen Zukunftsstaate. Ihr dürft sie nicht grau in grau als eine moralische und prinzipielle Zwangsanstalt malen, sondern müht euch betätigen, sie euerm Interesse und tariflichen Rechte gemäß wohllich einzurichten. Denn:

Kampf ist die Lösung unsrer Eedenlebens und dieser heißt ein dauernder Gewinn; der Arbeit lebendes Streben ist vorzuziehen, Fortschritt nicht dieser Worte klarem Sinn, und im Fortleben, was fördernd sich gestaltet, kein Mensch zum Sonnenfuge sich entkaltet.

Karlsruhe. J. Albrecht.

Nachschrift.

Kollege G. Schaeffer fühlt sich gebrungen, in dem zweiten Teile seines Artikels „Honny soit qui mal y pense“ (was auf gut deutsch eigentlich heißt: „Ein Hundsbott, wer arge dabei denkt“) — eine etwas derbe Denkwort der englischen Mylords des 14. Jahrhundert) mit den Kollegen, welche eine andre Ansicht bezüglich der Verbandsarbeit zu äußern wagen als er, folgendermaßen zu Gericht zu sitzen, nachdem er einleitend über das Problem der prinzipiellen Geschlossenheit geschrieben:

Wohl wird dieser schwache Lichtstrahl noch getrübt durch die mehr als seltsamen Ausführungen des biedereren „Frankfurter“, der in Nr. 55 des „Vorr.“ mit dem Angstrufe: „Die Taschen zu!“ nicht verbergen kann, daß unter der Palme „Tarifgemeinschaft“ auch die Bierbankpolitik üppig in die Halme geschossen; wie auch der „alte Soldat“ unter der hüßlichen Parole: „Ich bitt' ums Wort!“ in Nr. 65 des „Vorr.“ mit Anstrengung seiner ganzen Kraft den Versuch riskiert, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen in der stillen Hoffnung, daß seine durch und durch konservativen Anschauungen zu Spätkellern unsrer Verbandsverfassung werden könnten. In diesem Bunde der dritte zu sein war selbstverständlich auch Kollege J. Albrecht in Karlsruhe berufen, der mangels anderer Grünbe glaubte damit sein Licht über den Scheffel stellen zu müssen, indem er in eckst „kollegialen“ Weise von einem „schnoddrigen Karnernhofen“ der Vertrauensleute spricht und nach diesem Fußtritt für die letzteren sich bei größeren Geschäftsleitungen noch in empfehlende Erinnerung bringt, worüber Näheres zu lesen in Nr. 80 in den letzten fünfzig Zeilen von „Interesselosigkeit, Verbandsstatistik und Agitation“.

Es sind Kronzeugen dafür, daß in unseren Reihen während des zehnjährigen Bestehens der Tarifgemein-

schaft in Hinsicht auf die Vertiefung eines einheitlichen, zielbaren Strebens nach höheren Zielen nicht nur viel vermehrt worden, sondern auch sehr viel verloren gegangen ist.

Darauf kann ich nur ohne persönliche Gereiztheit erwidern, daß die geringfügige Art, mit welcher Sch. hier seine Kollegen öffentlich abfertigt, fetsam von dem von ihm gepredigten Geiste der Kollegialität abstricht. Wenn er nun am Schlusse diese Kollegen mit verächtlicher Wendung noch als Kronzeugen hinstellt für die Verumpfung des Verbandslebens, so läßt diese Bemerkung den Kontakt zwischen Theorie und Praxis in den Handlungen Sch.s nur noch schärfer hervortreten. Was nun die persönlichen Verunglimpfungen meiner Person betrifft, statt mich sachlich zu widerlegen, so habe ich darauf zu erwidern, daß ich noch nie danach getrebt habe, mein Sicht über den Scheffel zu stellen, sondern im Gegenteile der Ansicht bin, daß ein Sicht unter Umständen sogar unter dem Scheffel leuchten kann. Den Vorwurf der Unkollegialität weise ich zurück, denn erstens habe ich bei Erwähnung des „schönodrigten Kafenerhofstones“ nicht von den Vertrauensmännern im allgemeinen, sondern nur von einzelnen gesprochen und war kollegial genug, im „Korr.“ keinen Namen zu nennen, trotzdem ich drastische Beweise genug für meine Kritik habe. Wenn es aber nach diesem Kollege Sch. unternimmt, mich vor der deutschen Gesamtkollegenchaft gewissermaßen als „Wasserträger“ für größere Geschäftsleitungen zu verdächtigen, so geht das doch über das kollegiale Wohlwollen. Sch. ist jedoch vorsichtig genug, keine bestimmte Stelle meiner Ausführungen über den Nutzen von öfteren Druckerversammlungen als Unterlage für seine Verdächtigung zu nennen. Ich will ihm hier nachhelfen. Zweifellos ist es nachfolgender Satz: „Es ist nicht zu leugnen, daß unter den vorhin geäußerten Kalamitäten indirekt auch die Geschäftsleitungen zu leiden haben.“ Dabei vergißt er aber den zweiten Satz: „Und liegt es nur im Interesse beider Parteien, wenn durch regelmäßige Unternehmung von Druckerversammlungen derartigen Missethätigkeiten durch Aufklärung und Ausgleichung am besten vorgebeugt wird.“ Findet denn Kollege Sch. nicht, daß gut zu vermeidende Alterationen der Geschäftsleitungen meist wieder schärfere Alterationen der Geheißeln auslösen? Wenn ich also in diesem Sinne der ehrsüchtigen Friedensarbeit zwischen beiden Parteien das Wort rede, so benutzte mich Kollege Sch. flugs, daß ich mich bei „größeren Geschäftsleitungen noch in empfehlende Erinnerung“ bringen wolle, trotzdem er ganz gut weiß, daß ich vor Konflikt mit solchen noch nie zurückgeschreckt bin, wo ich mein Recht machte. Ich will die richtige Bezeichnung für eine solche Unterstellung hier nicht anbringen, denn wir sind schließlich doch alle Verbandskollegen. Aber: „Das war kein Selbenstrück, Oktao!“ Und mit derartigem persönlichen Herunterreißen Andersdenkender Kollegen gerinnt man nicht Kollegen für seine Idee. J. Ubricht.

Sträfliche Unwissenheit oder böser Wille.

Seit der „Verchristlichung“ des Gutenbergbundes forcieren dessen „geistigen Korppäpsten“ die Hege gegen den Verband in verstärktem Maße: einmal auf dem Neutralitätsgebiete, um ihren christlichen Kommandanten zu zeigen, daß es ihnen wirklich Ernst ist, mit diesen Hand in Hand arbeiten zur Förderung der christlichen Gewerkschaftsfrage und daß die so plötzliche Entdeckung ihres christlichen und königstreuen Herzens nicht pure Heuchelei sei; und in zweiter Linie auf dem Tarifselbe, um den längst „verpaßten“ und wohl nie mehr zu erreichenden Anschluß des Bundes an den Organisationsvertrag doch noch zu erlangen, hauptsächlich aber um durch schärfere Betonung angeblich tariflicher Verstöße seitens Verbandsmitglieder die eignen tariflichen Vergehen und Verbrechen zu verhüllen. In diesem „redlichen“ Verfahren sind dem Bunde bzw. dessen geistigen Leitern die allernächsten Mittel gerade gut genug, wenn sie nur dem gewollten Zwecke zu entsprechen scheinen. Eigentlich sollte der Verband gegenüber dem Bunde die Haltung des Mondes einnehmen, den ein kleiner Ritter anbellt, allein, da der Bund mit einer gewissen Berechnung arbeitet, es mit der Wahrheit keinesfalls genau nimmt und andererseits es leider noch immer Leute gibt, die auf die wesentlich oder aus völliger Unkenntnis der Sache fälschlichen Kombinationen, die im „Typograph“ den Lesern vorgelegt werden, hereinfallen, erachte auch ich es für angebracht, auf die in Nr. 38 des „Typograph“ durch den seit seinem Uebertritt zum Bunde „berühmt“ gewordenen Herrn Kimmern in seiner Rechtfertigungsschrift niedergeschriebenen Unwahrheiten, soweit sie den Bezirk Bonn betreffen, berichtigend kurz einiges zu sagen. Kimmern sucht auf Grund des diesjährigen Gaujahresberichtes die „Schwäche“ des Verbandes, für die Tarifein- und -durchführung ebensovienig zu leisten wie der Gutenbergbund, u. a. damit darzutun, daß im Bezirke Bonn noch 55 Verbandsmitglieder in nichttarifreuen Druckereien arbeiten. Dummheit oder böser Wille ist natürlich auch hier wieder der Vater des Gedankens, denn kein Wort von diesem Ergebnisse trifft zu. Es sei jedoch hier zunächst festgestellt, daß in der betreffenden Tabelle des angezogenen Jahresberichtes einige — allerdings bei der schwierigen Arbeit entschuldbar — Irrtümer sich eingeschlichen haben; so ist z. B. die Metallveredlung in Neuwied als nichttarifreue aufgeführt, während die nächstfolgende Rubrik von derselben Firma sagt, daß sie den Tarif strikte einhält. Natürlich ist es für eine Bündlersele zu schwer,

zu kapieren, daß es ein Urding ist, einen Tarif, den man gar nicht anerkannt hat, strikte durchzuführen. Also nur etwas guter Wille und halb so viel Naivität und man hätte sofort einsehen können, daß es sich hier nur um einen Fehler handelt. Die Firma, bei der 15 Verbandsmitglieder stehen, ist selbstverständlich tarifreue. Ebenso ist in der Statistik betreffs der Firmen Karl Werber in Bonn a. Rh. und Gebr. Hessler in Godesberg ein Irrtum insofern unterlaufen, als beide Firmen in der Rubrik der nichttarifreuen Firmen aufgeführt sind, aber tarifreue sind. Ein Blick in das Verzeichnis der tarifreuen Firmen hätte den Jakob Kimmern von dieser Tatsache überzeugt. Aber man wollte ja verleumdend und da kimmert man sich nicht um Tatsachen. Von den übrigen in der Statistik als nichttarifreue bezeichneten Firmen sind tarifreue, beziehungsweise haben nachträglich anerkannt (siehe Tarifverzeichnis nebst den inzwischen erschienenen Nachträgen hierzu): Karl Herschel in Bonn, Evangelisches Stift in Koblenz (nachdem mir unsere Mitglieder wegen Verweigerung der Anerkennung aufhören ließen), Jean Schneider in Godesberg, A. Capallo in Kreuznach, Fr. Gehard in Münstermaifeld und Joh. Langen in Wissen a. d. Sieg. Es verbleiben also noch nach der wiederholt genannten Statistik die nichttarifreuen Firmen Adolf Kiesel und Eduard Kiesel in Altrweiler (die trotz des feten Hervorhebens ihres christlichen, unter der bekannten Devise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ segelnden Standpunktes sich nicht zur Betätigung dieses Standpunktes in der Praxis herbeilassen können), die weltbekannte Stahlfederfabrik Soenneken in Bonn, die nur eine kleine Hausdruckerei betreibt, K. Kieger in Castellau, J. Breuer in Koblenz, Groh, Geufier und Hild in Neuwied, B. Bonn in Siegen, Gebr. Flamm in Walbroel, Friedrichs und Wieprecht in Koenig a. M., Hugo Welter in Kreuznach und W. Ferrari in Mayen, bei denen sämtlich nur acht Verbandsmitglieder konditionieren, die bis auf zwei — wie ich festgestellt habe — zum und über Tarif entlohnt werden. Diese ganzen zwei von den 55 im „Typograph“ genannten nichttariflich entlohnten Verbandsmitgliedern stehen bei den beiden oben genannten Firmen in Altrweiler. Wegen ihrer Jugend im Verbandsvermögen derselben ohne Unterstützung der Nichtmitglieder noch nicht für die Tariffrage zu wirken, werden aber, des sind wir gewiß, bei weiterem Bestehen der Firmen auf ihrem jetzigen Standpunkte die Konsequenzen ziehen. Aber, Herr Kimmern und die fünf Befolgten des Bundes, wie steht es mit der Einführung des Tarifes in Mayen, z. B. bei der Firma Ferrari, bei der zehn Nichtverbandsmitglieder — meines Wissens alles oder größtenteils Bündler — konditionieren? Das ergibt in Mayen in der Druckerei Schreder stehende Verbandsmitglieder sowie auch der Unterzeichnete persönlich haben ja wiederholt den Anstoß dazu gegeben, natürlich ohne die geringste Unterstützung bei den Bündlern zu finden! Das ist ja aber etwas anderes, darum brauchen sich die Herren von der Leitung des Bundes nicht zu kümmern; auf der Suche nach dem Splitter im Auge des Verbandes übersehen sie, nicht ohne Absicht, den Balken im Auge des dadurch nun einmal mit Blindheit geschlagenen Gutenbergbundes.

Wenn man die gewerkschaftliche Tüchtigkeit der Mitglieder eines Ortsvereins nach der Brauchbarkeit und Tatkraft ihres Vorstehenden einschätzen darf, so brauchen uns derlei Mißerfolge des Bundes nicht besonders wunder zu nehmen. Ist doch der Vorstehende des Bonner „Ortsvereins“ des Gutenbergbundes (außer dem „Vorstehenden“ noch aus einem Mitgliede bestehend, und das nicht mehr lange), der wegen seinem technischen und sonstigen vielseitigen „Können“ in kurzer Zeit mehrere hiesigen Druckereien abfolviert hat, vor nicht langer Zeit zur hiesigen Armenverwaltung gegangen und hat dort gebeten, die Verwaltung möge bei einer hiesigen Firma dahin wirken, daß sie ihn (den Vorstehenden des Bundesvereins) wieder einstelle, um keine Armenunterstützung beziehen zu müssen! Natürlich soll die betreffende Firma dieses Ansinnen abgelehnt haben. Wenn das am grünen Golze geschieht

Auch mit dem mit so vielem Geschrei verkündeten neuen „Ortsvereine“ in Koblenz wird es bei der Begründung sein Bewenden haben. Einer Sache, die so wie dieser krankhafte Sprößling das Licht der Öffentlichkeit scheut, braucht man keine Bedeutung beimessen. Im übrigen wird unser Freund Dintelmeier in Koblenz unter unser Mitwirkung dafür sorgen, daß der Neugegründete schon „wächst, blüht und gedeiht!“

Bonn.

J. H. Walbus.

Entscheidungen der schiedsgerichtlichen Instanzen.

Veröffentlichung vom Tarifamte der Deutschen Buchdrucker.

A. Entscheidungen des Tarifamtes als Berufungsinstanz.

Betrifft § 81.

Klageobjekt: Beschäftigung von Hilfsarbeitern an Plattengießmaschinen.

Entscheidung: An den bei der Beklagten aufgestellten Plattengießmaschinen dürfen nur gelernte Stereotypenreue beschäftigt werden.

Begründung: Der § 81 des Tarifes besagt ausdrücklich, daß an den automatischen Plattengießmaschinen nur gelernte Stereotypenreue beschäftigt werden dürfen. Die Beklagte hat zur Bedienung dieser Maschinen zwei

bisher als Gesier beschäftigte Hilfsarbeiter herangezogen, und zwar glaubte sie sich für die Unordnung auf ein Sonderabkommen stützen zu können, das zwischen den Berliner Prinzipalen und Stereotypenreuen für die Berliner Zeitungstereotypen am 17. Januar 1907 zum Abschluß gekommen ist. Dieses Sonderabkommen hat aber den § 81 des Tarifes nicht aufgehoben, sondern es hat in bezug auf die Hilfsarbeiter nur anerkannt, daß in denjenigen Zeitungstereotypen, in denen bisher das Matrastreifen und Gießen von Hilfsarbeitern besorgt wurde, diese Arbeiten auch für die Folge von Hilfsarbeitern verrichtet werden können. Das Bedienen der Plattengießmaschinen kann in den Berliner Zeitungstereotypen den Hilfsarbeitern nicht zugewiesen werden, sondern es ist in dieser Beziehung bei der Bestimmung des § 81 des Tarifes geblieben, der somit auch für Berlin zwingendes Recht ist.

Betrifft Maßregelung.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung. Entscheidung: Der Antrag des Klägers wird abgelehnt.

Begründung: Der Kläger ist unter Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen worden, und zwar ohne Angabe eines Grundes. Kläger vermutet nun, daß seine Entlassung erfolgt sei, weil er einem Vertrauensmanne davon Mitteilung gemacht hatte, daß die Beklagte das Rauten eines Klischees von einem Graveur besorgen ließ, während dies von den Arbeitern der Stereotypenreue gehörte. Wegen dieser Ungelegenheit ist auch das Schiedsgericht zu einem Entscheide angerufen worden, das aber die Klage als gegenstandslos zurückwies.

Die Beklagte erklärt, daß ihr von dem Vorgange, den Kläger als Entlassungsgrund anführe, gar nichts bekannt gewesen und daß der Kläger deshalb auch nicht zur Entlassung gekommen sei.

Die Vermutung, die der Kläger ausspricht, kann er auf Befragen durch nichts beweisen, ebensovienig der Vertrauensmann, den Kläger als Zeugen mitgebracht hatte. Da eine bloße Vermutung aber nicht ausreicht, um jemand verurteilen zu können, irgend ein Beweis für die der Klage zugrunde liegende Maßregelung ebensovienig erbracht ist, so mußte der Kläger abgewiesen werden.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung. Entscheidung: Die Maßregelung wird anerkannt.

Begründung: Kläger war nach Einführung des revidierten Tarifes wegen nicht erhaltener, jedoch tariflich berechtigter Zulage gegen seinen Prinzipal flagbar geworden. Am 9. März kam dann infolge der Vermittlung des Prinzipalstreitvertragers die Beklagte dieser tariflichen Pflicht nach. In der Nr. 27 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ vom 2. April suchte die Beklagte dann einen Maschinenmeister, „der erst seine Lehrzeit beendet hat“, und am 6. April erhielt der Kläger dann seine Kündigung. Derselbe nimmt an, daß seine Kündigung mit der Forderung tariflicher Zulage zusammenhänge, während der Beklagte vor der Berufungsinstanz als Kündigungsgrund die nicht genügenden Leistungen des Klägers angab. Letzterer war vom 15. Oktober 1906 bis zu seiner im April erfolgten Entlassung, also während eines halbjahres, bei der Beklagten beschäftigt und bestätigte ihm die Beklagte durch Zeugnis vom 20. April: „Daß der Kläger die ihm übertragenen Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt habe.“ Auch behauptet der Kläger, daß ihm während seiner Tätigkeit nicht ein einziges Mal eine Klage über seine ungenügenden Leistungsfähigkeiten zu Geföhr gekommen wäre. Der Beklagte erklärte auch vor dem Tarifamte, daß es ihm darum zu tun gewesen sei, eine billigere Arbeitskraft anstelle des Klägers zu erhalten, und er gibt auf Vorhalt auch zu, daß er als Ersatz für die noch beschäftigten Maschinenfeger ebenfalls jüngere, weil billigere Gehilfen suchte.

Aus den Angaben des Beklagten geht deutlich hervor, daß bei ihm das Bestreben vorherrscht, unter Benützung des Staffeltarifes sich andere Personal zu suchen, d. h. junge Gehilfen deshalb einzustellen, weil sie durch den Staffeltarif einen geringeren Lohn erhalten dürfen als ältere und verheiratete Gehilfen. Der Tarifausstoß hatte bei Schaffung dieser tariflichen Bestimmung zwar anerkannt, daß jüngere, unverheiratete Gehilfen mit einem geringeren Wochenlohn auskommen könnten als ältere, verheiratete Gehilfen, gleichzeitig aber auch ist beschloffen worden, daß eine mißbräuchliche Anwendung dieser Staffeltarientlohnung zum Schaden älterer Gehilfen nicht flaggreifen dürfe. Deshalb ist es auch den Tarifarbeitsnachweisen unterlagt, auf Verlangen Gehilfen nach bestimmten Altersklassen zu vermitteln.

Der Beklagte ist aber nach seinen eignen Angaben grundsätzlich bemüht, sich jüngere Gehilfen oder billigere Arbeitskräfte zu suchen, und hierauf ist nach Ansicht der Berufungsrichter auch die Entlassung des mit 24,12 M. entlohnenden Klägers zurückzuführen. Es ist durch Vernehmung des Beklagten auch festgestellt, daß er den Kläger nicht entlassen haben würde, wenn er nicht eine höhere Entlohnung — die übrigens nur eine tarifliche war — gefordert hätte. Sonach steht auch fest, daß der Kläger wegen Geldentziehung seines tariflichen Rechtes entlassen wurde, und deshalb mußte dem Klageantrage entsprechend entschieden werden.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung. Entscheidung: Der Klageantrag ist aus formalen Gründen abzulehnen.

Begründung: Der Kläger war mit Innehaltung der tariflichen Kündigungsfrist entlassen worden, und zwar infolge eines Streites mit einer Unlegerin, der darauf beruhte, daß die Unlegerin über das Personal disponierte, wogegen der Kläger beim Prinzipale Einspruch erhob.

Ungeblüch soll der Kläger hierfür nicht die richtige Form gewahrt haben, was der Kläger jedoch bestritt, während die Beklagte für ihre gegenteilige Behauptung trotz wiederholter Aufforderung einen Beweis nicht erbracht hat. Diese Tatsache ist vor dem Schiedsgerichte festgestellt worden, und es wurde hieran auch nichts durch die Vernehmung der Parteien vor der Berufungsinstantz geändert. Deshalb mußte anerkannt werden, daß der Kläger in Ausübung seiner tariflichen Pflicht gehandelt habe, wenn er sich dagegen verweigerte, daß eine Inlegerin, die seiner Aufficht unterstand, im Einverständnis mit dem Prinzipale Dispositionen traf, die seine eignen berechtigten Anordnungen durchkreuzten. Eine solche Einrichtung zu treffen und gutzuheißen war die Beklagte nicht berechtigt, und wird hierüber in besonders auf die Bestimmung des § 74 des Tarifes verwiesen, dessen Beachtung auch zu den Pflichten einer tariftreuen Firma gehört.

Dem Kläger hätte unbedingt im Sinne seines Klageantrages Recht gesprochen werden müssen, wenn er nicht versäumt hätte, seinen Antrag noch innerhalb der Kündigungsfrist beim Schiedsgerichte einzureichen. Das Schiedsgericht war deshalb nicht berechtigt, über den Klageantrag zu verhandeln, da anerkannt ist, daß Klagen wegen Maßregelung stets innerhalb der Kündigungsfrist einzureichen und zu verhandeln sind. Das Tarifamt mußte deshalb aus formellen Gründen seinen Schiedsspruch fällen, verfügte jedoch die bevorzugte Vormerkung des Klägers auf dem Arbeitsnachweise.

Korrespondenzen.

hp. Eisenach. Am 5. Oktober feierte unser Ortsverein sein 29. Stiftungsfest in Verbindung mit dem ersten Stiftungsfest unrer „Typographia“ im „Klostergarten“. Kollege Puff als Vorsitzender des Ortsvereins begrüßte die Mitglieder und Gäste und gab gleichzeitig einen kleinen Jahresrückblick in seiner Rede, die mit einem Hoch auf den Verband ausklang. Hierauf ließ unsre junge und doch kräftige Sängergesang den „besten Berg“ erschallen. Weiter zeigte das Programm neben gut zum Vortrage gebrachten Chorliedern hauptsächlich humoristische Sachen, die von erstklassigen Kräften vorgeführt wurden. Nachdem man genug gehört hatte, ging es ans Tanzen, wobei alt und jung eine bemerkenswerte Ausdauer zeigte. Nun geht es mit Gewalt dem 30. Jahr zu Leibe, dessen Vollendung wir voraussichtlich in etwas ausgebehter Weise feiern können.

Frankfurt-Offenbach a. M. (Maschinenmeisterverein.) Die am 28. September abgehaltene Monatsversammlung erreichte sich eines ziemlich guten Besuchs, da an diesem Abend ein Vortrag angefragt war. Zunächst gedachte der Vorsitzende, in ebendieser Weise „in der besten“ des Kollegen „Georg Wacker“ welcher auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken kann. Ferner wurde Dank ausgesprochen für die stark beteiligte Beschäftigung des Klein- & Lingerischen Hogenanlegeapparates den Firmen Buchdrucker G. Vimpert, Hart & Co. (Kollege Schardt), ferner Herrn Ingenieur Thiel aus Frankfurt, welcher uns mit Erläuterungen zur Seite stand. Hierauf folgte der Vortrag des Kollegen Otto Fuhrmann über: „The Miehle“. Der Referent wies hauptsächlich auf die Vorträge dieser amerikanischen Zweitourmaschinen hin, insbesondere ihre stabile Bauart und einfache Konstruktion. Da dieselbe aus bestem Hartmetall hergestellt (bei uns Gußstahl genannt), so sei es möglich, die allerhöchsten Formen mit Leichtigkeit darauf drucken zu können, und zwar in ziemlich großen Formaten, ferner sei ein zuverlässiges Registerhalten bei Farbdrucken auf der Miehle möglich. Herr Otto Fuhrmann hatte auch zu diesem Zwecke zahlreiche gedruckte Bogen, hauptsächlich Vierfarbendrücke in größeren Formaten, ausgestellt. Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden von Herrn Fuhrmann entsprechend beantwortet. Nach Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten schloß Kollege Wißt die Versammlung. — Die nächste Versammlung findet am 27. Oktober in Offenbach statt.

w. Freiburg i. Br. Etwa 280 Kollegen waren diesmal der Einladung zur Teilnahme an der Spätjahrs-Bezirksversammlung gefolgt. Die Tagesordnung wurde in etwa drei Stunden erledigt und waren die Verhandlungen von echtem kollegialen Geiste erfüllt. Von Furtwangen, Neustadt und Emmendingen waren fast alle Kollegen erschienen, während Donaueschingen und Waldkirch nur schwach vertreten waren. Die übrigen kleineren Rudrorte waren, soweit Gehilfen beschäftigt sind, ebenfalls vertreten. Nach dem vom Vorsitzenden gegebenen Geschäftsberichte sind die Zustände im Bezirke befriedigend. Kleinere Verstöße gegen den Tarif und die bundesrätlichen Vorschriften kommen wohl da und dort noch manchmal vor, doch werden dieselben durch die beteiligten Kollegen oder auch die Verbandsfunktionäre abgestellt. Wegen einiger Mißstände in sanitärer Beziehung wird jedoch die Fabrikinspektion angerufen werden müssen. Die Rudrereien Herberichs Verlagsanstalt und C. W. Wagner haben ihre Sozialisten durch Umbauten vergrößert und die Charitasdruderei hat eine Erweiterung vorgenommen. Durch die Gründung eines zweiten Zentrumsblattes wird demnächst eine weitere Rudrerei entstehen. Ein Kartonnager, der sich eine Rudrerei zugelegt hat und einen Gehilfen „ausbildet“, ohne einen Gehilfen zu beschäftigen, wurde auf Verreiben des Bezirksvorstandes von der Handwerkskammer angehalten, den Gehilfen zu entlassen. Das angerufene Bezirksamt gestattete dem „Prinzipale“ jedoch, daß der Gehilfen zuvor noch in einem andern Geschäft

auf seine Kenntnisse geprüft werden solle. Es ist also zu hoffen, daß der Herr Buchdruckerbesitzer seinen Gehilfen doch noch entlassen muß. Die hiesigen Stereotypenre haben sich nun ebenfalls zu einer Spartenvereinigung zusammengeschlossen und in Furtwangen haben die Kollegen einen Ortsverein gegründet. Das zu Anfang des Jahres ins Leben gerufene Schiedsgericht ist bis jetzt fünfmal zusammengetreten. Zu Beginn dieses Sommers wurde wieder erneuert an die Prinzipalsvereinigung wegen Bewilligung von Ferien herangetreten. Die Vereinigung an sich lehnte jedoch wegen der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse eine Stellungnahme ab und verwies auf den Weg des Einzelvorgehens. Die Rücksprache der Vertrauensleute mit den einzelnen Prinzipalen und Geschäftsleitungen hatte das schon im „Korr.“ veröffentlichte Ergebnis, wozu noch nachzutragen ist, daß auch der Prinzipal Schillinger seinen zwei Gehilfen je drei Tage Ferien gab (ohne Karenzzeit). Die größte Firma am Platze, Herberichs Verlagsanstalt, versprach für 1908 ebenfalls Ferien gewähren zu wollen, ebenso die weitgrößte Firma C. W. Wagner. Die Firma Dilger will sich nach der Herberichs Verlagsanstalt richten. Wir dürfen also hoffen, daß im nächsten Jahre auch hier die Ferien eine größere Verbreitung finden. Außer den üblichen geschäftsmäßigen Punkten enthielt die Tagesordnung noch einen Vortrag des Gauvorsitzers Lindenlaub über: „Verband, Funktionäre und Mitglieder“. In einstündiger Rede gab der Vortragende zunächst ein Bild aus der Tätigkeit und über die Erfolge des Verbandes seit 1868 bis zur Gegenwart und legte namentlich der jungen Generation ans Herz, sich in die Geschichte des Verbandes zu vertiefen und daraus zu lernen, wie der Verband noch weiter ausgebaut werden könne, der trotz aller Angriffe sowohl von rechts wie links dasste als ein Bollwerk. Zur Lösung der Aufgaben, welche sich der Verband gestellt hat, bedürften wir auch der Funktionäre, und sei daher zu tabeln, daß es immer noch Kollegen gäbe, welche in den Funktionen nur Streber sehen. Wenn Fehler gemacht würden, so sei zu bedenken, daß die Funktionäre eben auch mit menschlichen Fehlern behaftet seien, und es wäre daher am Platze, dieselben auf ihre Fehler aufmerksam zu machen, statt hinter dem Gehäusen und Bierische sich mit deren Tätigkeit anzufreiden zu erklären. Jeder Funktionär sei gewiß befreit, das Beste für die Kollegen zu erreichen, aber es allen recht zu machen, sei eben nicht möglich. Die Kollegen könnten die Funktionäre am besten durch Bekundung eines regen Interesses an allem, was den Verband berühre, und durch recht regen Versammlungsbesuch unterstützen. Wenn die Kollegen dann weiter eifrige Leser des „Korr.“ werden, das Statut usw. fleißig studieren, sich an den technischen Kursen, Vorträgen und sonstigen Veranstaltungen beteiligen, dann würde eine Gehilfenschaft entstehen, die allen Stämmen zu Nutzen in der Lage ist.

Sachsenhausen (Verstärkt.) Am 15. September hielt der hiesige Ortsverein eine Extraversammlung ab, zu welcher unser Gauvorsitzer M. Prüter aus Kiel als Referent sowie alle zurzeit hier arbeitenden Verbandsmitglieder erschienen waren; auch aus Christiansfeld war ein Kollege erschienen. Nichtmitglieder (drei an der Zahl) waren eingeladen, die Herren kamen aber nicht. In einem zweistündigen Vortrage führte der Referent uns den Werdegang des Verbandes vom Anfange bis zum letzten Tarifabschlusse klar vor Augen. Der mit Weisfall aufgenommene Vortrag schloß mit der Aufforderung an die Mitglieder, auch ferner für den Verband zu arbeiten. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Das fünfundsanzigjährige Bestehen feierte am 7. Oktober die bänische Zeitung „Mobernsmalet“ (Arbeitsgesellschaft) hieselbst. Aus diesem Anlasse wurden 545 Mk. unter dem Personale der Druckerei verteilt. Die einzelnen Personen erhielten zwischen 75 und 10 Mk., je nach der Dauer der Beschäftigung in der Druckerei.

Leipzig. Die Drucker und Maschinenmeister hatten sich am 27. September im „Schloßkeller“ versammelt, um sich von ihrer Kommission von den Vorgängen in den Leipziger Rudrereien auf tariflichen, gewerkschaftlichen und technischen Gebiete Bericht erstatten zu lassen, auch über die Maßnahmen, die in einzelnen Fällen getroffen worden waren, und um die Abrechnung vom Stiftungs-(Sommer-)feste entgegenzunehmen. Daß auch die allgemeine Weiterbildung nicht vernachlässigt wird, bewies der als letzter Punkt auf der Tagesordnung vermerkte Lichtbildvortrag des Institutes „Kosmos“ (H. Raube): „Frühlingstage in Sizilien und Süditalien“. Unter „Kommissionsbericht“ machte der Vorsitzende Willkomm die versammelten Kollegen mit einigen Tarifschiedsgerichts-urteilen bekannt, die daraus sich ergebenden Lehren zur Nutzenanwendung empfehlen. Auf technischen Gebiete ist für kommenden Winterhalbjahr ein Kursus für Ziegelpressendruck beabsichtigt und soll sich daran anschließend ein Kursus für Drei- und Vierfarbendruck abwickeln. Eine rege Beteiligung erwartet die Kommission in Anbetracht des Zweckes, dem die Abhaltung solcher Kurse entpfehle. Hierauf legte der Kassierer A. aus Rechnung vom Sommerfeste ab, welches ein Defizit von 345,08 Mk. ergab. Nummern erhielt der Vertreter des Institutes „Kosmos“ das Wort zu seinem Vortrage, und führte der Halberner an der Hand eines hervorragenden farbigen Lichtbildmaterials sowie durch ausgelegte Vortragsweise die ganze Reise anschaulich vor Augen. Reichlicher Weisfall am Schlusse drückte die Befriedigung und den Dank für das Gebotene aus.

L. Lippstadt. Am 30. September versuchte es ein Gemüß der Gutenbergs, die Werbekraft desselben auch bei den hiesigen Buchdruckern zu erproben.

Das christliche Gewerkschaftskartell hatte zu diesem Zwecke durch Zirkular — datiert vom 28. August — die hiesigen Kollegen eingeladen. Jedenfalls durch ein Versehen der Reichspost erhielten unsere Mitglieder die Einladung, begleitet von: Generalversammlungsprotokoll des Gutenbergs, Statuten, Umlaufschein, Werbeprotokoll usw., erst am 29. September abends resp. 30. früh. Besonders betont war in dem Zirkulare, daß der Referent vom Gutenbergsbunde gestellt würde. Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Kartellvorsitzende den erlauchten aufzufordern Anwesenden, daß der Ausdruck „Versammlung“ durch ein Versehen das Schriftführers in das Einladungszirkulare geraten sei, geplant wäre nur eine Besprechung „im Plaudertone“ — wie der Referent Schulz aus Köln a. Rh. gemüßlich hinzugabte. Diese etwas eigentümliche Auffassung des Vorstehenden gab dem zufällig anwesenden Kollegen Mirow-Bieloselb Gelegenheit, auch seine Ansicht über dieses seltsame Gebaren zu äußern. Zugleich fragte der Referent höflichst an, ob wir auch mitplaudern dürften, andernfalls würden die anwesenden freigeordneten Gewerkschaftler das Lokal verlassen, und es würde dem Referenten die Gelegenheit genommen werden, eine Seele zu retten. Nach einer zustimmenden Zusage begann der Referent. Derselbe verbreitete sich über die kommunikativen Organisationen Kassales, die radikalen Organisationsbestrebungen von Liebknecht und Bebel, sprach über den Streik von 1891, der dem Verbands ein riesiges Fiasko gebracht habe, über den „Korr.“, Metzger, den „toten Willen“, die Maifeier, den internationalen Sozialistenkongreß, das Kölner Gewerkschaftshaus, den beleidigten Jakob Klümmen usw. nach der bekannten Melodie, um dadurch zunächst die Existenzberechtigung des Gutenbergsbundes beweisen zu wollen und denselben dann bis über den grünen Klee herauszutreiben als die einzige wirklich neutrale Buchdrucker-Gewerkschaft, die oben drein auf christlich-nationalen Boden stehe. Es wäre deshalb Pflicht jedes christlich gesinnten Kollegen, dem Gutenbergsbunde beizutreten, der auch durch sein muster-gültiges Kasernenwesen, seine 300 000 Mitglieder vermöge usw. jedem Mitgliede sichere Garantien biete. In längerer Ausführungen trat Kollege Mirow dem Referenten entgegen, den Anwesenden beweisend, daß der Gutenbergsbund wirklich keine Existenzberechtigung habe. Er wies die abfälligen Äußerungen und falschen Darstellungen über den Verband und einzelne Führer energisch zurück und konnte den etwa anwesenden Nichtmitgliedern nur empfehlen, sich dem Verbands und nicht diesem Ufergebilde einer Organisation anzuschließen. Nachdem man so einige Stunden „verplaudert“ hatte, war das Fazit für den Gutenbergsbund — nichts! Die drei anwesenden Nichtverbandsmitglieder drückten sich vor Schluß und der Referent sowie die drei Gesandten des Gutenbergsbundes aus Badenborn zogen mit den übrigen christlichen Mitglieðern anderer Gewerkschaften fürsah. Vielleicht hat diese Versammlung aber doch einen Erfolg, aber nur nicht für den Gutenbergsbund. Den einmündigen Ausführungen des Kollegen Mirow wurde aufmerksam Gehör geschenkt und die seinerzeit vom Bezirke Bieloselb herausgegebene Agitationschrift aufmerksam durchgesehen, vor allen Dingen die letzte Seite, auf welcher in chronologischer Reihenfolge von 1868 bis jetzt die Mitgliederzahlen des Verbandes sowie die für Arbeitslosen, Reisende, Invaliden- und Krankenunterstützung gezahlten Summen verzeichnet standen.

Rundschau.

Der Deutsche Buchdrucktarif, dem wir in Nr. 114 bereits einige Beleidigungen auf den Weg gegeben haben, liegt nunmehr gebuckt vor uns. Schon ein äußerer Vergleich mit dem als Vorläufer zu betrachtenden Minimaldrucktarif, der vom Vorstand des Kreises VII (Sachsen) des Deutschen Buchdruckervereins herausgegeben wurde und der seither als Maßstab bei der Berechnung von Drucksachen galt, zeigt, wie weit man die Grenzen des bisherigen verlassen und dem Gewerbe ein Gegenstück zum Lohnkarte geschaffen hat, das wie dieser allgemeine Geltung haben und demgemäß auch allseitige Beachtung finden muß. Dieser Buchdrucktarif ist also ein Korrelat zu dem das Arbeitsverhältnis in Deutschlands Buchdruckerien regelnden Tarife. Eigentlich ist es ja zu verwundern, daß erst nach reichlich elfjährigem Bestehen der neuen Tarifgemeinschaft die Schaffung eines Deutschen Buchdrucktarifstarifes als Pendant zum allgemeinen Buchdrucker-tarife möglich war. Aber es ist das lediglich ein Beweis für die große Schwierigkeit, eine allgemein gültige Ordnung auf dem Preisgebiete eines nationalen Gewerbes herbeizuführen. Sie hat zur unerläßlichen Voraussetzung eine Verallgemeinerung und Festigung der Tarifgemeinschaft, wie sie eben erst im Laufe vieler Jahre, erst nach mühevollen Ringen und Wägen zu erreichen war. Daß dieses Ziel nicht schon früher erreicht werden konnte, liegt gewiß nicht an der Untätigkeit des Verbandes, der vielmehr stets alles in seinen Kräften möglich getan zur Befundung der tariflichen und gewerblichen Verhältnisse, sondern in den Kreisen der Prinzipalität erwachsen einer schnelleren Ausbreitung der Tarifgemeinschaft ebenso große und viele Hindernisse wie auch auf der Gehilfenseite, die da Anspruch auf die Waterchaft der Tarifgemeinschaft erhebt, in Wirklichkeit an ihr aber schändlicher als ein Rabenwater an seinem Stiefvater handelt. Was gegenwärtig in „Korr.“ bei dem Aufschlagen der schmuckigen Blätter der ruhmlosen Geschichte des Gutenbergsbundes augenfällig dargetan wird. Doch all diese direkten und passiven Widerstände aus gewissen Prinzipals- und Gehilfenseiten haben nicht vermocht, das Zeitalter in unserm Gewerbe aufzuhalten, und die Tarifgemeinschaft hat jetzt

einen solch hohen Stand der Entwicklung erreicht, daß nun der Deutsche Buchdruckpreisstarif dem allgemeinen Tarife und dem Organisationsvertrage angegliedert werden konnte und somit unsere Gewerbegegebung einen grundlegenden Abschluß gefunden hat. Die Vollendung des großen Werkes in einem Momente, wo das Alter ego des Gutenberghundes, der tarif- und organisationsfeindliche Arbeitgeberverband, mit Unterstützung aller zünftigen Schmarfmacherkreise mühte die Urtheile gegen das Tarifgesetzgebungsgebäude führt, ist noch von besonderer Bedeutung: es zeigt dem Schmarfmacherkonventil und seinen bündlerischen Eidgenossen, daß mit ihrer Macht nichts getan ist, daß die Niedertracht dem moralischen Kampfe um die ideale wie materielle Hebung des Gewerbes unterliegen muß. Eine Durchsicht des Druckpreisstarifes läßt aber auch erkennen, welche Schwierigkeit die Materie selbst bot. Man muß staunen, in welcher prägnanter Form die schier unzähligen Fragen der gewerblichen Kalkulation ihrer Lösung gefunden haben, und gern schenkt man der Verifizierung Glauben, daß fast ein Jahr mühevoller Arbeit der berufensten Männer unserer Prinzipalsorganisation dazu nötig war, um etwas Grundlegendes und alle möglichen Fälle auf dem weiten Gebiete der Preisberechnung berücksichtigende Vorschriften zu schaffen. Der große Wert des Druckpreisstarifes liegt also auch nach dieser Richtung fest, und es ist deshalb zu empfehlen und zu erwarten, daß nicht nur alle in den Druckereien mit der Preisberechnung beauftragten Personen sich mit seinem Inhalte genau vertraut machen, sondern auch darüber hinaus der Druckpreisstarif in Geschäftskreisen eingehende Beachtung finden möge, denn in keinem andern Gewerbe ist den Arbeitern ein so tiefer Einblick in den Produktionsprozeß geboten wie nun uns Buchdruckern. Die Anschaffung des Druckpreisstarifes (zu beziehen von der Geschäftsstelle des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus) ist zudem durch den Preis von 3 Mk. resp. 3,50 Mk. gebunden nicht erschwert. Die Einführung des Tarifes soll, das sei noch erwähnt, soweit es sich um Arbeiten für die zur Kundenschaft einer Druckerei gehörenden Auftraggeber handelt, nicht plötzlich, sondern allmählich erfolgen. Nagen tritt der Tarif, um den gewerblichgebildeten Preisunterbietungen ohne Verzug wirksam zu begegnen, so gleich nach seinem Erscheinen in allen den Fällen in Kraft, bei welchen Kunden und Arbeiten anderer Druckereien in Frage kommen. Besonders Interesse verdient der Umgang mit seinen verschiedenen Reglements, von denen uns das „Ordnung des Verkehrs mit den Kollegen“ überschriebene besonders zuzugut und bei den Prinzipalen hoffentlich dankbare Leser finden wird. Alles in allem wünschen wir aufrichtig, daß der beabsichtigte auch unter Mitwirkung von Gehilfenvertretern zustande gekommene Deutsche Buchdruckpreisstarif das in weitestem Maße werden, möge, als was er auf Seite 7 bezeichnet wird, die Grundlage zur Neubelebung und Gesundung unsers Gewerbes!

„Terrorismus der freien Buchdrucker“ betitelt sich eine Notiz des „Wuppertaler Volksblatt“, in der davon die Rede ist, wie aus einer Elberfelder Druckerei ein Gutenberghündler am Tage seines Konditionsantrittes bei beselben hinausgegrault worden ist, weil er — auch auf Zureden des Faktors — nicht in den Verband eintreten wollte. Der „Typograph“ druckte diese Notiz natürlich auch ab und ersuchte, für die weiteste Verbreitung des Falles in der den christlichen Gewerkschaften bzw. dem Bunde nahestehenden Presse Sorge tragen zu wollen. Daß dies geschehen, beweisen einige uns zugegangene Zeitungen. Wir haben von dem geschilberten Vorfall keine Kenntnis, stehen aber nicht an, zu erklären, daß wenn sich der Fall wirklich so abgespielt haben sollte, die Verbandsmitglieder der betreffenden Druckerei sich haben ein Verhalten zu schulden kommen lassen, wozu sie weder ein tarifliches noch ein organisatorisches Recht gehabt hätten. Wir müßten dringend vor solchen Experimenten warnen. Von den zuständigen Verbandsinstanzen aber erwarten wir genaue Untersuchung des Falles und event. strenges Einschreiten gegen solche Uebergreife einzelner.

Christliche Praktiken konnte man in jener Versammlung zu Trier, in der ein Gelschnabel von Behring den „nichtneutralen“ Buchdruckerverband in Grund und Boden verdonnerte (siehe Nr. 119), wiederum kennen lernen. In dem darüber in der „Trierischen Landeszeitung“ erschienenen Versammlungsberichte ging nämlich ein christlicher Arbeiterssekretär mit einem „christlichen“ (im Bericht auch angeführt) Artikelreiber der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ ins Gericht, dem Unternehmung und Entstellung vorgeworfen wird. Es handelt sich, wie wir orientierend bemerken wollen, um die nicht richtige Wiedergabe eines Beschlusses, wonach frei- und christlichorganisierte Gewerkschaften, die dem katholischen Arbeitervereine angehören, ausgeschlossen werden sollen, wenn sie dessen Interessen entgegen handeln. Also ein Terrorismusbeschuß, um uns im christlichen Jargon auszudrücken. Denn nicht ist selbstverständlicher, läßt der Bericht in der „Trierischen Landeszeitung“ den betreffenden Arbeiterssekretär weiter sagen, daß ein Verein diejenigen Mitglieder ausschließt, die keinen Interessen zuzwischenhandeln; oder tun die christlichen Gewerkschaften dies nicht? Die Ausschlußbewegung entstand nicht, wie der Berichterstatter der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ darzulegen versucht, wegen des Abschlusses des Tarifvertrages für die Maurer, sondern weil die „christlichen“ Gewerkschaften die Facharbeiter auf den Baustellen tyrannisierten und in den Wirtschaften oder bei sonstigen Zusammenkünften beschimpften und auf die

Arbeitervereinsmitglieder keinen „stillen“, sondern sehr lauten „Terrorismus“ ausübten.“ Ein hübsches Zitat von christlicher Arbeiterkammerarbeit, nicht wahr? Schließlich votierte man feierlich, „daß unanständig alle Personen aus dem Vereine ausgeschlossen werden, die den Zielen, Bestrebungen und Einrichtungen des Vereins und Verbandes zuwiderhandeln.“ Also wehe dem, der mit einer Spitze zu musen magt gegen das im Räte der Götter Beschlossene. Und diese Leute schreien über den Terrorismus in unsern Verbänden und den freien Gewerkschaften, sie, die die Unbuddsamkeit selbst sind!

Streikbrechers Ende! Jung an Jahren (19), aber wohl erfahren in puncto Arbeitswilligkeit und sonstigen Gewohnheiten, die man nicht unter die tugendhaften zu rechnen pflegt, war der Maschinenmeister Paul Pinkert aus Großhain, der jetzt in Marneufkirchen sich und seine etwas ältere Geliebte erschossen hat. Dieser Pinkert machte bei dem Streik der Tischlerhandwerker bei Haun & Sohn vor einigen Jahren nicht nur den Arbeitswilligen, sondern brachte auch noch einen organisierten Rithographen auf eine Woche ins Gefängnis. Als Haun & Sohn ihm den verdienten Streikbrecherlohn gegeben, ging er nach Siegen, versuchte daselbst in den Verband zu kommen, was ihm aber ebensowenig dort als später in Plauen i. V. gelang. Als bei der Firma Johann Schmidt in Marneufkirchen die Verbandsmitglieder wegen Einführung des neuen Tarifes die Arbeit niederlegten, ersah dieser Pinkert wiederum als Streikbrecher auf der Bildfläche. Doch auch diese Herrlichkeit dauerte nicht lange, und so war er denn schon längere Zeit konditionslos. Trozdem lebte er herrlich und in Freuden, denn was er nicht hatte, nahm er sich, wo sich Gelegenheit bot. Mit verschiedenen Diebstählen auf dem Kirchhofe endete dann eine Revoluzerlust das kurze, jedoch „tatenreiche“ Leben dieses Musterknaben von Streikbrecher.

Zu dem Konkurse der „Goslar Nachrichten“ schreibt man uns: Ohne weiteres Erlaunen habe ich in Nr. 114 von dem Konkurse der „Nachrichten“ in Goslar gelesen, weil ein „Ende mit Schreden“ für dieses Blatt jedem einsichtigen Kollegen, der die Verhältnisse in etwas kannte, selbstverständlich erschien. Man muß wissen, daß der gewesene Inhaber der Zeitung, Hannibal, vor seiner Verlegerstätigkeit eines der Hotels in Goslar bewirtschaftete. Dem Redakteur, der damals das Blatt leitete, als es käuflich an H. überging, bot man, da man ihn doch nicht gleich abschieden konnte, man höre und staune — 1,50 Mk. pro Tag! Von einem Buchdruckereibetriebe im allgemeinen und von dem einer Zeitung im besondern hatte der neue Verleger, wie schon aus vorstehendem hervorgeht, also keine Blasse Ahnung. Das kam zum Ueberflusse auch in seiner nunmehr selig entschlafenen Zeitung und in allen seinen Druckfahnen unzweideutig zum Ausdruck. Die „Blasse Ahnung“ vermochte der Sohn des Verlegers, der als früherer Kaufmannslehrling den Drucker spielte, allenfalls noch zum Ausdruck zu bringen, nur erklärten sich damit die Leser des Blattes nicht einverstanden. Sinzu kam, daß in der Druckerei das anmaßende, burleske Wesen dieses Allerweltsjünglings alles andere als ein erprießliches Zusammenarbeiten ermöglichte. Vor Wochen wurde ja denn auch Hannibals Druckerei für Verbandsmitglieder gesperrt.

Eine größere nationale Ausstellung, veranstaltet von Arbeitern der graphischen Branche, findet zurzeit in Mailand im großen Saale des „Palastes der schönen Künste“ statt. Das Exekutivkomitee besteht aus Verbandskollegen, Präsident ist Kollege Oswald Pizzoni. Dem Ehrenkomitee gehören außer einem Deputierten bedeutende Buchdruckereibesitzer und Verleger an. Die Ausstellung ist sehr reich besetzt und bietet viel Schönes und Interessantes aus unserm Bezirke, wie: Schizzen, Aufzeichnungen und Handelsdrucksachen, Werke, Zeitschriften, Kunst- und Farbendrucke, von schwierigen Satzkonstruktionen sind die ganzen Satzformen ausgestellt, ferner Stereotypplatten, Klischees usw. Unsere Schwager sind mit prächtigen Einbänden sowie Geschäftsbüchern vertreten. Mit der Ausstellung ist ein Preisauschreiben für ein Ausstellungsdiplom sowie eine Erinnerungskarte verbunden, welches befriedigende Resultate erzielte. Vom Auslande wurden zum Wettbewerbe nur Fachschulen zugelassen, aus Deutschland sind die Dresdner und Stuttgarter beteiligt.

Die Zeugnisschwangerschaft aufgehoben wurde gegen den Redakteur Schneider in Straßburg auf Anordnung des Landgerichtes. Die unter sehr eigenartigen Verhältnissen erfolgte Verhängung der Zeugnisschwangerschaft gegen Schneider durch das Schöffengericht Wischweiler ist also sofort rückgängig gemacht worden. Wenn durch die höhere Instanz nun auch noch die ausgeworfene Geldstrafe hinfällig gemacht wird, dann ist die Blamage für den Unterrichter in Wischweiler komplett.

Die Allgemeine Einführung des Achnthradenschlusses zu beschleunigen, bezweckt ein an die Arbeiter und Arbeiterinnen sich wendender Aufruf der Generalkommission folgenden Inhaltes: „An eine Erreichung dieses Zieles durch die gewerkschaftliche Aktion ist in Anbetracht der Organisationsverhältnisse unter den Handelsangestellten zurzeit nicht zu denken, der Achnthradenschluß kann gegenwärtig nur durch eine Maßnahme der Gesetzgebung erreicht werden. Nach der Gewerbeordnung kann zwar der Achnthradenschluß auf Antrag der Geschäftsinhaber durch Ortsgesetz eingeführt werden, was dank der unausgesetzten Bemühungen der Angestellten verschiedentlich auch geschehen ist, aber in den meisten Orten leistet das kurzfristige und egoistische Unternehmertum energischen Widerstand. Die Angestellten fordern daher den reichsgesetzlichen Achnthradenschluß. Auch

hiergegen wehren sich die Unternehmer, und zwar berufen sie sich darauf, daß mit Rücksicht auf die konsumierende Arbeitererschaft der Achnthradenschluß nicht eingeführt werden könne. Dasselbe behaupten sie von der Sonntagsruhe. Die Arbeitererschaft kann aber nicht ruhig zusehen, wie das heuchlerische Unternehmertum, das sonst nicht nach den Interessen der Arbeitererschaft fragt, eine Kategorie der arbeitenden Bevölkerung gegen die andere ausspielt. Die unterzeichnete Kommission erklärt daher, daß sie den Forderungen der Handelsangestellten durchaus sympathisch gegenübersteht. Sie erachtet, daß die Wünsche der Angestellten und speziell ihre Forderungen nach dem reichsgesetzlichen Achnthradenschlusse und der Sonntagsruhe bei der Gesetzgebung endlich die gebührende Berücksichtigung finden. Und die Arbeitererschaft richten wir das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß jeder Einkauf nach 8 Uhr abends unterlassen wird und auch die Sonntagsverkäufe vermieden werden. In den Konsumvereinen möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterin auf die Durchführung des Achnthradenschlusses und der Sonntagsruhe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagsruhe gewähren und den Achnthradenschluß eingeführt haben. Arbeiter und Arbeiterinnen, kauft nicht nach 8 Uhr abends und nicht Sonntags ein!“

Die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe in Krefeld haben von 2150 abgegebenen Stimmen den freien Gewerkschaften 1274, den christlichen 876 Stimmen gebracht.

Die Unterstützung der gelben Gewerkschaften will sich die nationalliberale Partei angelegen sein lassen, aber nicht diese allein, sondern die nationale Arbeiterbewegung im allgemeinen soll von ihr jegliche Förderung erfahren. So die Debatten und der Inhalt einer auf dem Wiesbadener Parteitage gefaßten Resolution. Das kann gut werden, müssen wir sagen. Nämlich die christlichen wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und überhaupt alles, was sich zur sogenannten nationalen Arbeiterbewegung rechnet, haben mit aller Entschiedenheit gegen die gelben Gewerkschaften Stellung genommen. Sind auch einzelne Kreise dieser Gruppen — wir wollen nur den Gutenberghund nennen — eigentlich nichts anderes als gelbe Gewerkschaften, so unterscheiden sie sich in ihrer Allgemeinheit doch wesentlich von den durch Unternehmertum gegründeten und unterhaltenen, als Streikbrechervereine offen bellizierten und obenbrein von der „Deutschen Arbeiterbeziehung“ huldvoll protegierten gelben Gewerkschaften. Wenn die nationalliberale Partei nun diese wie jene mit gleicher Liebe umfassen will, muß die eine Hälfte doch gegen eine solche Herausforderung protestieren.

Eine christlich-nationale Arbeiterfraktion will die „Deutsche Arbeiterbeziehung“ in der preussischen Landtag einziehen lassen. Wie selbstlos von den Herren Großindustriellen, die auf wirtschaftlichem Gebiete, d. h. bei Regelung der Arbeitsbedingungen, dem Arbeiter nicht das winzigste Mitbestimmungsrecht einräumen wollen! Doch die Schmarfmacher sind von einem Mangel an Offenheit freizusprechen, sie erklären nämlich mit der an ihnen bekannten brutalen Gewarheit, daß sie diese Arbeiterabgeordneten von Kapitalgnaden zu einem Schutzwall gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen machen wollen. Daß diese christlich-nationalen Arbeitervertreter lediglich Schaustücke in der preussischen Junkerkammer und zur absoluten Bedeutungslosigkeit verteilt sein würden, versteht sich ganz von selbst und wird ja auch augenfällig demonstriert an den Arbeiterabgeordneten der Zentrumspartei, die, nur der Not gehorchend und nicht dem eignen Triebe, ebenfalls einige Vertreter aus Arbeiterkreisen in den Reichstag hineinschleppen läßt, dann aber kräftig dafür sorgt, daß diese nicht etwa Arbeiterpolitik, sondern nur Parteipolitik, treiben, wie sie von der Zeitung bestimmt ist und wird. Uebrigens, die christlichen wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften bzw. deren Führer sind doch Gegner des Dreiklassenwahlrechtes?

Des Hausfriedensbruches sollen sich in Hannover zwei Schlossergesellen insofern schuldig gemacht haben, als sie während der Abwesenheit eines Schlossermeisters dessen Werkstelle betreten und die arbeitenden Gesellen zur Niederlegung der Arbeit und Beteiligung am Streik zu veranlassen suchten. Zur Anzeige gebracht, verurteilte sie das Schöffengericht zu je einer Woche Gefängnis.

Eingänge.

Deutscher Buch- und Steindruck. Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage: Graphische Feiertunden. Verlag: Ernst Morgenstern, Berlin W 57. XIII. Jahrgang. Heft 12.

Schwetzer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 26. Jahrgang. Heft 2. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk.

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Herausgegeben von der Wiener Graphischen Gesellschaft, Wien VII/3, Bernardgasse 18. IX. Jahrgang. Heft 10. Preis pro Jahrgang 7 Mk. Einzelnummer 60 Pf.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. 17 Hefte à 30 Pf. Lieferung 9 bis 12.

Eine profane Pilgerfahrt. Allerlei Gedanken eines Weltwunders. Von Luidam, Verfasser der „Europäischen Gefahr“. Preis 1,50 Mk. Zu beziehen von dem Kollegen Aug. Wentges, München 2, Goethestraße 28/2, II. Aufg.

Gestorben.

In Berlin am 20. September der Drucker Karl Wolff, 25 Jahre alt — Lungen- und Nierenkrankheit; am 25. September der Seher Wilhelm Steigert aus Lohz, 23 Jahre alt — Lungen- und Nierenkrankheit; am 27. September der Seherin Walke Julius Michulski aus Lissa, 64 Jahre alt — Lungen- und Nierenkrankheit; am 29. September der Oberforstrevor Rudolf Kling aus Eberswalde, 46 Jahre alt — Nierenentzündung; am 30. September der Seher Otto Leipner von dort, 26 Jahre alt — Lungenentzündung; am 5. Oktober der Seher Hans Lindner von dort — Lungen- und Nierenkrankheit; am 6. Oktober der Stereotypen Franz Hempel aus Oberfarnstedt, 57 Jahre alt — Leberschwermelung; am 8. Oktober der Seher Karl Schulz von dort, 45 Jahre alt — durch Erschöpfung. In Braunschweig am 4. Oktober der Maschinen-seher Johannes Alfeld, 49 Jahre alt. In Essen a. d. R. am 2. Oktober der Seher Johann Schack aus Altona, 27 Jahre alt — Schwindel. In Hamburg der Buchdruckereibesitzer Konr. Hund aus Wilsdorf. In Hamburg am 7. Oktober der Seher F. Richter aus Neulak a. D., 46 Jahre alt; am 9. Oktober der Seher M. Döhler aus Weilheim, 49 Jahre alt. In Krefeld am 28. September Franz Hauser, 60 Jahre alt. In Wernsdorf (Böhmen) am 27. September der Buchdruckereibesitzer Ambros Dpiz. In Weidöhl a. M. am 29. September der ehemalige Buchdruckereibesitzer Karl Otto Muhr aus Delsnig i. B., 69 Jahre alt.

Briefkasten.

U. Sch. in Swinemünde: Der Mann hat Ihnen Unfinn erzählt. Ein solcher Gelegenheitswerk liegt weder vor, noch ist an einen solchen zu denken. — F. C. in M. Gaden: Diese Amtsbauer wird durch beide Teile geregelt und bestimmt. Manche Arbeitsnachweise wechseln jedes Jahr den Verwalter, manche wieder gar nicht für die jeweilige Tarifperiode. — U. M. in St. Petersburg: 3 Rubel. — F. F. in Berlin: 3,80 Mk. — G. M. in W.: Die Adresse — eigenartig zwar — lautet aber Yes-Oui-Si in München. — G. R. in St.: Für die Beantwortung derartiger Fragen ist nur Ihr Tarifvertreter zuständig.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Da die Firma „Norges Sjøfortstidende“ in Kristiania (Norwegen) fortgesetzt Arbeitskräfte (namentlich Maschinenmeister) in Deutschland sucht, machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Druckerei wegen Tarif-widrigkeiten von dem Norwegischen Zentralvereine für Buchdrucker gesperrt worden ist. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk **Mech.** Der Maschinen-seher Jean Faust, zuletzt in Mech in Kondition, wird ersucht, seine Adresse an Rud. Bock in Mech, Schöffelplatz 19, I, einzufenden. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, Bestreben hierauf aufmerksam zu machen oder die Einsendung der Adresse selbst zu veranlassen.

Bezirk **Dittresland.** Der Seher Wilhelm Hoffmann aus Liegnitz, von Oden mit Resten abgereist, wird ersucht, umgehend sein Verbandsbuch einzulösen. Die Herren Vertrauensleute wollen S. auf vorliegendes aufmerksam machen.

Nachen. Der Drucker Heinrich Schulzendorf aus Köln wird ersucht, innerhalb 14 Tagen sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluß erfolgt. — Die Herren Funktionäre werden gebeten, dem Seher Heinrich May aus Krefeld (Hauptbuchnummer 45705) 2,30 Mk. in Abzug zu bringen und portofrei an den Kassierer G. Hagen, Koermonderstraße 14, einzufenden.

Hann. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Seher Reinhold v. Bielski, geboren in Wartenberg am 8. September 1887, die Hauptbuchnummer 69 092, dem Seher Mathias Steinbach, geboren in Weikersburg am 22. September 1886, die Hauptbuchnummer 69 093, dem Seher Ludwig Flaasch, geb. in Hamburg am 15. Januar 1885, die Hauptbuchnummer 69 101 ins Leihbuch einzutragen und dem Seher Franz W. erben, geb. in Wülften am 5. Okt. 1876, die eingetragene Hauptbuchnummer 68 464 in 69 094 umzuändern. — Der Seher Sig, der vom 7. Juni bis 13. Juli in Siegen,

und der Drucker Hartmann, der vom 5. bis 10. Oktober in Gummerbach konditionierte, werden gebeten, umgehend ihre Adresse an den Bezirkskassierer J. Dmes, Bonn, Alter Heerweg 8, mitzuteilen.

Bremen. (Maschinenmeisterverein.) Alle für obigen Verein bestimmte Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen F. Scharringhausen, Wittenbergerstraße 24, zu richten.

Kassel. Die Herren Verbandsfunktionäre werden um Angabe der Adresse des Sehers Willy Reinhold aus Barchim i. M. (Hauptbuchnummer 58708) an den Bezirkskassierer Jean Schaaf, Bettenhäuserstraße 14, II, ersucht.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Frankfurt a. D.** Vorsitzender: Bruno Herrmann, Holzhofstraße 16, I.

Trebbin (Kr. Teltow). Vorsitzender: Herrn Kirsten, Postenstraße 3, I.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Ansbach der Stereotypen Johann Michael Emmer, geb. in Ansbach 1867; war noch nicht Mitglied. — In Augsburg der Seher Johann Redenzgaun, geb. in Wittmoning 1887, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Donauwörth der Seher Lothar Huber, geb. in Kumbach 1884, ausgl. in Lauingen 1905; war schon Mitglied. — In Kulmbach der Linotypen-seher Gottfried Hunnemann, geb. in Grina 1887, ausgl. in Leipzig 1907; war noch nicht Mitglied. — In Wünnberg der Seher Karl Reuchte, geb. in Wünnberg 1887, ausgl. daf. 1903; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in Münden, Holzstraße 24, I, r.

In Berlin die Seher I. August Heinrich, geb. in Thorn 1858, ausgl. daf. 1876; 2. Ernst Korte, geb. in Lehmin 1869, ausgl. in Berlin 1888; 3. Aug. Laude, geb. in Rabes 1886, ausgl. in Stargard i. Pom. 1904; 4. Julius Reichelt, geb. in Bernau 1861, ausgl. daf. 1879; 5. Jos. Schlänger, geb. in Zülpiß 1865, ausgl. in Wiedernich 1882; 6. Max Seeger, geb. in Bernau 1887, ausgl. in Eberswalde 1901; 7. Max Teichner, geb. in Schleusenau 1884, ausgl. in Bromberg 1902; 8. Josef Walter, geb. in Mittelneuland 1879, ausgl. in Reife 1898; die Drucker 9. Alfred Martin, geb. in Berlin 1886, ausgl. daf. 1904; 10. August Wendt, geb. in Berlin 1867, ausgl. daf. 1887; 11. der Schweizerdegen Wilhelm Wallrahe, geb. in Happe 1883, ausgl. in Gerdaun 1902; 12. der Stereotypen Karl Steffe, geb. in Berlin 1879, ausgl. daf. 1897; waren schon Mitglieder. — Albert Raffini in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.

In Eberfeld die Seher I. Ludwig Wopß, geb. in Eberfeld 1883, ausgl. daf. 1901; 2. W. Wader nagel, geb. in Eberfeld 1884, ausgl. daf. 1903; 3. der Drucker Robert Diederich, geb. in Eberfeld 1884, ausgl. daf. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Heint. Marschall, Humboldtstraße 53, II.

In Hamburg der Tiegeldrucker Robert John, geb. in Hamburg 1875, ausgl. daf. 1898. — W. Dreier, Wefenbinderhof 57.

In Hechingen die Seher I. Ewald Gruffete, geb. in Hechingen 1889, ausgl. daf. 1907; 2. Josef Schumacher, geb. in Zimmern bei Hechingen 1889, ausgl. in Hechingen 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In Neulm der Seher Andreas Schöber, geb. in Pfersee bei Augsburg 1889, ausgl. in Oberhausen 1907; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Seher Wilhelm Kureß, geb. in Weiskingen a. St. 1883, ausgl. daf. 1901; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In Kassel der Seher Heinrich Friedrich, geb. in Fürstentwald (Kr. Hofgeismar) 1889, ausgl. in Kassel 1907. — In Allendorf der Seher Jakob Baum, geb. in Allendorf a. d. B. 1888, ausgl. daf. 1907. — In Schwäge die Seher I. Heinrich Breßler, geb. in Schwäge 1884, ausgl. daf. 1902; war schon Mitglied; 2. Heinrich Heße, geb. in Schwäbda 1886, ausgl. in Schwäge 1904; 3. Gustav Meßerschmitt, geb. in Wilhelmshausen 1885, ausgl. in Hann.-Münden 1903; 4. Otto Schülke, geb. in Schwäge 1882, ausgl. daf. 1900; waren noch nicht Mitglieder. — R. Engelsbach in Kassel, Raistenalstraße 12, II.

In Krefeld der Seher Wilhelm Carl, geb. 1889, ausgl. 1907; war noch nicht Mitglied. — In Kempen der Seher Martin Wipping, geb. 1890, ausgl. 1907; war noch nicht Mitglied. — In Hilken I. der Seher Joh. Klippers, geb. 1889, ausgl. 1907; 2. der Schweizerdegen Paul Seepen, geb. 1888, ausgl. 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Rlev die Seher I. Chr. Köhler, geb. 1880, ausgl. 1899; 2. Fernh. Weising, geb. 1888, ausgl. 1906; waren schon Mitglieder. — In Rheinberg der I. Seher Andr. Dinnemann, geb.

in Essen (Ruhr) 1886, ausgl. in Würen i. W. 1904; war schon Mitglied; 2. der Drucker Wilh. Schmidtmann, geb. in Grefroth b. Solingen 1885, ausgl. in Bald b. Solingen; war noch nicht Mitglied. — Jakob Erkelenz in Krefeld, Dreiföningenstraße 29.

In Beer i. Ostfriesl. der Seher Heinrich Ulferts, geb. in Boga 1889, ausgl. in Beer 1907; war noch nicht Mitglied. — L. Kromminga, Königstraße 38.

In Reife der Seher Josef Winler, geb. in Ziegenhals 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — Ab. Müller, Friedrichstraße 39, II.

In Otterndorf die Seher I. Friedrich Bohmann, geb. in Stade 1873, ausgl. daf. 1891; 2. Heinrich Elsner, geb. in Derenburg (Kreis Halberstadt) 1876, ausgl. in Otterndorf 1894; 3. Wilhelm Beuttel, geb. in St. Petersburg 1884, ausgl. in Chemnitz 1902; waren schon Mitglieder; 4. Johannes Feldtmann, geb. in Hamburg 1869, ausgl. daf. 1888; war noch nicht Mitglied. — In Jork der Seher Albert Lange, geb. in Helmstedt 1889, ausgl. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — Bruno Drechsler in Gesehmünde, Schillerstraße 78, II.

In Pinneberg-Mellingen der Seher Arnold Ballschmiter, geb. in Waren (Mecklenburg) 1886, ausgl. in Neubrandenburg 1904; war schon Mitglied. — Martin Brüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34, p.

In Rostock der Seher Wilhelm Krüger, geb. in Rieftel 1887, ausgl. in Eckartsberge 1907; war noch nicht Mitglied. — August Schröter in Sangerhausen, Neuenborferstraße 21.

Arbeitslosenunterstützung.

Wattenfeld. Der Seher Leopold Spielmann, geboren am 26. Juni 1885 zu Werfch in Ungarn (Hauptbuchnummer 69 023), wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Ortsvereine gegenüber nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Kreisfassenverwalter werden gebeten, die Summe von 11,50 Mk. abzugeben und portofrei an G. Helling, Hüllerstraße 6, einzufenden. Sp. befindet sich zurzeit auf der Tour Trier-Saarbrücken.

Wiesbaden. Dem auf der Reise befindlichen Seher Sally Rosenbaum aus Bresto (Oesterreich) ist in Köln das Verbandsbuch (Frankfurt-Hessen 1762, Hauptbuchnummer 62 368) abhanden gekommen. R. erhielt ein neues Buch (Mittlerheft 3248) und wird das alte Buch für unglücklich erklärt.

Versammlungskalender.

Apenrade. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober im Vereinslokale, Weststraße.

Angsborg. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober im Vereinslokale „Juni Würgerarten“.

Berlin. Versammlung Mittwoch den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engländer 15.

Borna. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokale.

Brieg. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Germaniabrun“, Doppelner Straße.

Dessau. Die Bezirksversammlung findet nicht am 10. November, sondern am 17. November in Herbst statt. Eintrag ist bis zum 21. Oktober an den Bezirksleiter einzureichen. Näheres durch Zirkular.

Düsseldorf. Vorstandssitzung mit den Vertrauensleuten heute Samstag den 12. Oktober, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Elmhorn. Versammlung Sonntag den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Warnsdorf („Baumstrich Hof“).

Görlitz. Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung Montag den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Helfenstein“, Sonnenstraße 5, I.

— Maschinen- und Eisenversammlungen heute Sonnabend den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Gründerlokal“, Althaus.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Dienstag den 15. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Wefenbinderhof 57.

Hannau a. M. Bezirksversammlung Sonntag den 10. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Waffenschmied im Gafshaus „Zum Neuen Hofgarten“. Vorträge zu derselben sind bis zum 1. November an den Vorstehen der Heim. Müller in Hannau a. M., Antonienstraße 14, einzureichen.

Kassel. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Mitter“, Mittelstraße 11.

Kiel. Maschinen- und Eisenversammlungen Montag den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fahrstraße, Zimmer 6.

Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag den 3. November in M. Oltzbach. Vorträge hierzu sind bis zum 23. Oktober an den Vorstehen der Kat. Erkelenz, Dreiföningenstraße 23, zu richten. Näheres durch Zirkular.

München. Maschinen- und Eisenversammlungen Sonntag den 13. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, beim Sporenwirt, Ledereierstraße 13.

Potsdam. Versammlung heute Sonnabend den 12. Oktober, abends 9 Uhr, bei Labentzin, Kaiser Wilhelmstraße 38.

Zentralkommission der Schrifgießer Deutschlands.

Als Kassierer der Zentralkommission fungiert Kollege Hermann Voigt, Berlin, Spaurerstraße 21. (Dies zur Berichtigung der im Adressenverzeichnis angegebenen falschen Adresse.)

Druckerei

incht sofort Zeithaber event. Käufer oder Mieter. Näheres durch O. Seber, Bielefeld, 1283

rentable Buchdruckerei

seit 32 Jahr nicht bel. gewerksch. ist für 20 000 Mk. bei 5000 Mk. Anzahlg. zu verk. Tächt. Seher u. Maschinenmeister bietet sich gütig. Gef. selbst. zu werben. W. D. ff. u. Nr. 312 d. d. Weichß. d. W. erb.

Zwei tüchtige Linotypeseher

louis ein 1310

Seherstereotypen

für das neue Freiburger Zeitungsunternehmen auf Mitte November gesucht. Herren, welche tüchtige Leistungen nachweisen vermögen, wollen sich unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche wenden an die Geschäftsleitung der Gesellschaft Druckverein Freiburg i. Br.

Tüchtiger Insetatenzeher

welcher vortreffungsweise an der Schnellpresse (Zeitung) arbeiten kann, sofort gesucht. Ohlshausen'sche Zeitung, Neustadt i. S. 10.

Rund- und Flachstereotypen

welcher die Regierung des Metalles richtig versteht und an stotter Arbeiten gewöhnt ist. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter E. 300 erbeten.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Präger und Abdecker

gegen hohen Wochenlohn. Werte Offerten an F. Hensberg & Co. Müllers, Hamburg, Alter Steinweg 66/67, erbeten.

Abpreßer

tüchtiger, der auch im Ausrichten mit helfen kann, in dauernde Stelle gesucht. Werte Offerten unter J. H. 12 Hauptpostlagernd Stuttgart erbeten. 1308

